

VOLKS-TRIBÜNE.

Social-Politisches Wochenblatt.



Die „Berliner Volks-Tribüne“ erscheint jeden Sonnabend früh. — Abonnements-Preis für Berlin monatlich 1 Mk. 50 Pfg. (frei ins Haus). — Einzelne Nummer 15 Pfg. Kreuzband vierteljährlich 1 Mk. 60 Pfg. Vom 1. Oktober ab durch jede Post-Anstalt des Deutschen Reiches zu beziehen. — Bei direkter Zusendung

Redaktion und Expedition:
S. O. (26). Oranien-Strasse 23.

Inserate werden die 4 spaltige Petit-Zelle oder deren Raum mit 20 Pfg. berechnet. — Inseraten-Aannahme in der Expedition: Oranien-Strasse 23.

Abonnement: 10 Pfg.

Ausgabe für Expediteure:
„Merkur“ Zimmer-Strasse 54.

N^o. 1.

Sonnabend, den 6. August 1887.

I. Jahrgang.

Unser Programm.

Jeder ernst strebende Mensch wird bei der Verfolgung unseres öffentlichen Lebens oft das Bedürfnis der Sammlung und Vertiefung empfunden haben, das Bedürfnis, wieder einmal einen gedrängten Ueberblick da zu gewinnen, wo der Blick sich allzusehr ins Einzelne zu verlieren drohte.

Hier soll die „Berliner Volks-Tribüne“, ein Wochenblatt, eine vielempfundene Lücke ausfüllen.

Anderer wieder, obwohl nicht abgestumpft gegen das öffentliche Leben, sind von Sorge und Arbeit so sehr in Anspruch genommen, daß sie gar nicht die Zeit übrig behalten, jeden Tag ein umfangreiches Blatt zu lesen. Auch für diese, sowie für Leser, welchen ein Tageblatt zu theuer ist, wird die „Berliner Volks-Tribüne“, wie wir hoffen, hochwillkommen sein, da sie **alles Wissenswerthe auf politischem und sozialem Gebiet** in gedrängter Uebersicht enthalten soll.

Die „Berliner Volks-Tribüne“ soll zunächst ein Führer sein in **allen praktischen Tagesfragen des öffentlichen Lebens**. Was unsere parlamentarische Körperschaften verhandeln, was in der Presse und in Vereinen an Reformvorschlägen erörtert wird, was den lauten Kämpfen der Parteien zu Grunde liegt und was die stille Forschung der Sozialwissenschaft beschäftigt — das alles wollen wir gemeinverständlich und belehrend behandeln.

Natürgemäß müssen uns dabei heute einige Fragen in erster Linie beschäftigen.

Wir werden der **Arbeiterbewegung aller Länder** aufmerksam folgen, die **Organisationen** (Trades Unions, Fachvereine, Unterstützungskassen etc.), von denen sie getragen wird, eingehend schildern und ihre Erfolge wie die Ursachen ihrer Mißerfolge darlegen. In Deutschland werden wir den **Fachvereinen**, ihrer Entfaltung, wie ihrer behördlichen Drangsalirung, unsere Blicke besonders zuwenden und nach Kräften dahin wirken, daß die alten, ihre Wirksamkeit hemmenden Gesetze beseitigt und abgeändert werden.

Den Fortschritt der **Arbeiterschutzgesetzgebung** werden wir unablässig zu fördern suchen, sei es durch furchtlose Enthüllung der vernichtenden Wirkungen der ungesicherten Arbeitsausnutzung, sei es durch Aufklärung über die unschätzbaren Folgen gesetzlichen Einschreitens. Auch über jeden wichtigeren Fortschritt der Fabrikgesetzgebung im Auslande werden wir regelmäßig berichten.

Nachdem die **Arbeiterversicherung** einmal ins Leben gerufen ist, wäre es falsch, sie nicht nach Kräften zum Nutzen der Arbeiter auszubauen. Hier werden wir uns zwei Ziele stecken: Erhöhung der vielfach ganz unzulänglichen Rassenleistungen, und Erweiterung der Rechte der beteiligten Arbeiter. Die Versicherungskassen müssen sammt und sonders allmählich **Selbstverwaltungsorganisationen der Arbeiter** werden. Das zu erstreben, werden wir unablässig mahnen, und speziell bei der gesetzlichen Regelung der **Altersversicherung** gedenken wir auf das Eingehendste die Wünsche der Arbeiter zu vertreten.

Wir werden dabei aber niemals die letzten großen Fragen der **sozialen Emanzipationsbewegung** aus dem Auge verlieren, und überall, wo die Arbeiterbewegung in eine bloße Fach- und Rassenimpetale zu entarten droht, werden wir auf die fernern und höheren Ziele hinweisen und so, berathend und anfeuernd zugleich, werden wir der Sache der Arbeiter nach Kräften dienen.

An Feinden und Verfolgungen wird es uns dabei nicht fehlen und viele werden es überhaupt für unklug halten, unter den heutigen Verhältnissen ein Blatt unserer Tendenz herauszugeben. Dem halten wir aber entgegen, daß die oberste Behörde die hier in Frage kommt, die „Reichskommission“ allem polizeilichen Uebereifer dadurch Grenzen gezogen hat, daß sie gegen Ende März die Entscheidung fällt, daß der sozialistische Charakter eines Blattes und seiner Artikel an sich kein Verbot begründen könne.

Und nun Glück auf! Wir werden alle Kräfte für unsere Aufgabe einsetzen. Mögen uns alle, die sich bedrückt fühlen und die aus einer trüben Gegenwart einer besseren Zukunft entgegenstreben, in unserem Bemühen unterstützen.

Die Redaktion der „Berliner Volks-Tribüne.“

Die Altersversicherung der Arbeiter.

In den letzten Wochen schwirrten die widersprechendsten Nachrichten durch die Luft über den Stand der Vorbereitungen zur Altersversicherung.

Anfangs hieß es, ein vollständiger Gesetzentwurf liege bereits beim Reichskanzler, um dessen Zustimmung zur Einbringung im Bundesrath zu erhalten. Jetzt wird diese Mittheilung dahin berichtet, daß nur gewisse allgemeine Grundzüge entworfen und — unter dem Siegel des Schweigens — den Bundesregierungen zur Begutachtung übermittelt seien.

Ist sonach etwas Bestimmtes nicht zu erfahren, so weisen doch verschiedene Aeußerungen der Regierungspresse darauf hin, daß der Plan der Regierung kaum wesentlich verschieden ist von dem des Herrn Winnich, welchen wir darum unseren Lesern etwas eingehender vorführen wollen.*

Zunächst die Frage: welche Rente soll nach Herrn Winnich der Altersinvalid erhalten? Es ist bekannt, daß vor etwa drei Jahren der Regierungsrath Kretschmann vorschlug, monatlich drei Thaler = neun Mark zu gewähren, für die Witwen aber zwei Thaler = sechs Mark. Damals hat man sich viel über diese Almosenversicherung lustig gemacht und spöttisch gefragt, ob es sich lohne, um solche Trinkgelder die ganze Gesetzgebung und einen riesigen Verwaltungsapparat in Bewegung zu setzen. Aber Herr Winnichs Projekt zeichnet sich durch eine ebenso große — Bescheidenheit aus. Nach demselben soll die Rente jährlich 120 Mark, also monatlich zehn Mark, eine Mark mehr wie bei Herrn Kretschmann betragen. Dazu sollen die Witwen und Waisen einstweilen sehen, wo sie bleiben, denn Herr Winnich erwähnt zwar die Nothwendigkeit ihrer Versorgung, aber bestimmte Vorschläge unterläßt er; er konstatirt nur zu seinem Bedauern, daß diese Zukunftsversicherung „einen noch erheblich höheren Aufwand“ erfordern werde.

Ist somit die Höhe der Rente durchaus nicht geeignet, besonders erhebend auf die Arbeiter zu wirken, so kann die Festsetzung, wer sich des Rechtes des Rentenbezuges er-

freuen soll, nur einen noch niederdrückenderen Einfluß ausüben.

Zunächst sollen die sehr zweifelhaften Wohlthaten des Herrn Winnich nicht einmal allen Arbeitern in gleicher Weise zu theil werden.

Einmal müsse wahrscheinlich — wegen des engen Zusammenhanges mit der zunächst bei Seite bleibenden Witwenversorgung — die Versicherung der im Erwerb-leben thätigen Frauen „verschoben“ werden.

Ferner sei es „sehr zu erwägen“, ob nicht die „kleinen selbständigen Erwerbsthätigen“ auszuschließen seien, die bekanntlich in Deutschland millionenweise vorhanden sind und die vielfach gerade das kümmerlichste Dasein fristen. Vielleicht sei diesen Klassen (die Winnich selbst auf ca. 5 Millionen schätzt), der „freiwillige“ Beitritt zu „gestatten“ — was weiter kein Fortschritt wäre, denn freiwillig, „ohne Reichszuschuß“, kann sich heute schon jeder versichern.

Aber damit noch lange nicht genug, daß der Kreis der Bezugsberechtigten auf diese Weise schon unerträglich verkleinert worden ist! Auch innerhalb der beträchtlich zusammengeschrumpften Ausgewählten kann nicht jeder so ohne Weiteres seine Hand nach den zehn Mark ausstrecken.

Zunächst sollen hier wieder alle Leute, die beim Ins-lebentreten der Altersklassen schon 50 Jahre erreicht haben, von der Versicherung ausgeschlossen bleiben. Diese Leute würden nach Winnich, bis zum Eintritt ihrer Versorgungs-berechtigung nur ganz geringe Beiträge zahlen und dafür könne man ihnen nicht „so hohe Vortheile“ zuwenden. Bleibt somit für die mehr als Fünfzigjährigen gar nichts, so sollen auch alle diejenigen, „die hoch in den Vierzigern in die Altersklasse eintreten“, nicht die vollen Ansprüche geltend machen können; sie würden sich mit weniger als 10 Mark im Monat zu begnügen haben. Herr Winnich munkelt in einem Beispiel von sieben Mark. Nur wer heute unter vierzig Jahren ist, soll das Recht auf die vollen zehn Mark erhalten und zwar — wenn er siebenzig Jahre alt geworden ist! Dieses Alter hält Herr Winnich für das durchschnittliche Invalitätsalter, nur in manchen Berufen trete die Arbeitsunfähigkeit früher ein.

Fast man diese Ausführungen zusammen, so ergibt sich also, schärfer gezeichnet, folgendes Bild: Auszuschließen von der Versicherung sind überhaupt die erwerbsthätigen

Frauen, ferner die kleinen selbständigen Berufstreibenden. Von den dann noch übrig bleibenden Theilnehmenden würden die älteren Leute — die heute schon fünfzig Jahre alt sind — überhaupt niemals etwas bekommen; die Personen im Alter von 40 bis 50 Jahren würden nach durchschnittlich 20 bis 30 Jahren einen Theil der zehn Mark erhalten, und die heute noch nicht Vierzigjährigen würden nach mehr als dreißig Jahren zehn Mark Taschengeld beziehen.

Wir unterschätzen die Langmuth der deutschen Arbeiter nicht, aber daß sie (wie Herr Winnich meint) um solcher „Reformen“ willen „mit dem Staate in eine neue, sehr innige Verbindung treten würden“, weil „eine soziale Revolution es fraglich machen würde, ob die Altersklassen ihren Verpflichtungen nachkommen können“ — das erlauben wir uns denn doch zu bezweifeln.

Daß Herr Winnich endlich noch die Altersversicherung Verbänden anvertraut sehen will, in welchen die Unternehmer die erste Geige spielen, wird Niemanden nach dem bereits Gesagten mehr verwundern. Mühten wir bisher nur auf die Dürftigkeit der Wohlthaten unserer Sozialreformer hinweisen und mehr verlangen, so fühlen wir uns hier, bei der Frage der Organisation, verpflichtet, prinzipiellen Widerspruch zu erheben. Wir wollen keine Wohlthaten, über welche Unternehmer beschließen, und welche daher nur zu leicht zu einem neuen Mittel werden, die Arbeiter unterthänig und gefügig zu machen, die Arbeiter, auf deren Selbstständigkeitsstreben und Unabhängigkeitsstimm unsere Zukunft beruht. Wir wollen Organisationen, Selbstverwaltungsorganisationen der Arbeiter, aber keine Berufsgenossenschaften, wie sie bei der Unfallversicherung zur Durchführung gekommen sind, und auch keine Innungsverbände, wie sie Herr Winnich für das Handwerk wünscht.

Hier können sich unseres Erachtens die Arbeiter gar nicht unerbittlich genug zeigen. Lieber kleinere Renten (wenn sie überhaupt kleiner sein könnten als bei Herrn Winnich), aber dafür volle Unabhängigkeit und Selbstverwaltung — als fettere Trinkgelder und dafür neue Abhängigkeit und neue Veruche, „zu halten was doch nicht haftet“. Ein paar Groschen mehr oder weniger machen die Arbeiter weder reich noch arm. Aber ein Stück Selbstständigkeit mehr, das ist für die Zukunft eine unschätzbare Waffe, um rascher unsere fernern Ziele zu erreichen.

* Derselbe wurde veröffentlicht in den „Preussischen Jahrbüchern“ Bd. 58, Heft 6.

Gewerkschaften der Arbeiterinnen in England.

Die Stellung der Frauen ist in England eine wesentlich freiere und würdigere wie auf dem Continent. Englischen Frauen haben als Steuerzahler das Recht, in allen Municipalwahlen ihre Stimme abzugeben. Obwohl sie zur Stunde noch nicht die Befugnis haben, Mitglieder eines Stadtrathes zu werden, so können sie doch in die Schulbehörde und in die Armenverwaltung gewählt werden, und sie machen auch von diesem Recht einen ausgiebigen Gebrauch. Da sich hervorragende Staatsmänner beider politischen Parteien für die Gewährung des politischen Stimmrechts an Frauen aufs wärmste interessieren, darf man annehmen, daß nach wenigen Jahren die Frauen auch zu den Wahlurnen Zutritt erhalten werden, welche über das Schicksal der Regierungen entscheiden.

Auch die englischen Arbeiterinnen sind vielfach fortgeschrittener wie die deutschen und besonders eines Vorgespranges erfreuen sie sich — sie sind nicht ohne jede gewerkschaftliche Organisation.

Es ist bekannt, daß auch die englische Fabrikgesetzgebung für die Arbeiterinnen besser sorgt wie die deutsche. Aber auch die beste Fabrikgesetzgebung berührt eine Frage, welche für Arbeiterinnen vielfach als die wichtigste von allen erscheint: die Lohnfrage. Hier einer übermäßigen Ausbeutung zu wehren, dazu bietet die Gesetzgebung gar nicht die Hand, vielleicht ist sie dazu auch gar nicht fähig: diese Aufgabe fällt voll und ganz den Gewerkschaften zu, die sich seit mehr als einem Jahrzehnt in allen Theilen Großbritanniens gebildet haben.

Der „Frankf. Ztg.“ wird darüber von sachkundiger Seite aus London geschrieben:

„Es sind etwa dreizehn Jahre her, seit die Gründung von Gewerkschaften für Arbeiterinnen zum ersten Mal von Mrs. Paterson als das einzige Mittel befürwortet wurde, den notorischen Uebelständen in der wirtschaftlichen Lage der Frauen abzuhelfen. Sie war die Tochter eines Schullehrers und arbeitete schon in ihren Mädchenjahren als Sekretär eines Arbeiterklubs. In dieser Stellung wurde die damalige Miss Smith mit allen hervorragenden Leitern der Arbeiterklasse persönlich bekannt, da alle Londoner Klubs mit ihrem Institut in Verbindung standen; nach ihrer Verheirathung mit Mr. Paterson, einem Schreiner, der sich durch originelle Denkwiese sowie durch einen edlen und geraden Charakter auszeichnete, machte sie sich daran, ihren Lieblingsgedanken zu verwirklichen. Sie sah, daß in den Berufsarten der Frauen dasselbe Bedürfnis gegenseitiger Hilfe und Beschützung vorhanden war, als in denen der Männer; und alle Bestrebungen wohlthätiger Menschenfreunde, den Arbeiterinnen ein besseres Loos zu verschaffen, waren wirkungslos geblieben.

„Im Jahre 1874 wurde dergestalt von ihr die erste Gewerkschaft für Frauen gegründet. Damals war die rechtliche Stellung der Trades-Unions der Männer kaum erst vom Parlament anerkannt worden. Auch waren die männlichen Arbeiter, von denen viele sich über die von Frauen gemachte Konkurrenz beklagten, nicht überall dem von Mrs. Paterson befürworteten Plan günstig. Doch kamen sie bald zur Ueberzeugung, daß sie von der unorganisirten Frauennarbeit viel mehr zu fürchten haben, als von den Arbeiterinnen, die für ihre Leistungen einen entsprechenden Lohn verlangen.

„Zuerst wurden die mit der Buchbinderei beschäftigten Arbeiterinnen organisiert. Ein Eintrittsgeld von 1 Sh. (ein Schilling = 1 Mark) und ein wöchentliches Beitrag von 2 Pence (ein Penny = $\frac{1}{12}$ Schilling, also etwa 8 Pfennige) gab den Mitgliedern (es waren 300 im ersten Jahr), Anrecht auf 5 Sh. pro Woche, im Fall von Krankheit oder Verlust der Stelle, doch für nur acht Wochen. Seit ihrer Gründung hat diese Hilfs-Gesellschaft über 4000 Mark in Krankheitsfällen, über 2000 Mark an unbeschäftigte Mitglieder ausgezahlt und hat jetzt einen Ueberschuß von 6000 Mark in der Bank. Der durchschnittliche Verdienst der Mitglieder ist 10—12 Mark pro Woche.

„Im Jahre 1875 wurden die in der Möbelfabrikation angestellten Frauen organisiert. Doch hat dieser Klub nie sehr geblüht, trotzdem die Löhne (15 Mark) höher sind, vermuthlich weil die Beschäftigung sehr unsicher ist.

„Die Näherinnen und Kleidermacherinnen bildeten ähnliche Hilfs-Vereine, und der bedeutendste Zweig-Verein besteht aus solchen Arbeiterinnen, welche in den Fabriken angestellt sind, die für die Armee arbeiten.

„Im selben Jahre besuchten Mrs. Paterson und Miss Edith Simcox Glasgow, wo der Kongress der Trades-Unions (der englischen Gewerkschaften) abgehalten wurde. Sie wurden ohne Weiteres zu den Verhandlungen zugelassen und bei allen späteren Kongressen geschah dasselbe; ja die Leiter der Arbeiter halfen den Arbeiterinnen bereitwillig, neue Lokalvereine zu gründen und zu organisieren.

„Das Hauptquartier der Frauenpropaganda hat unter dem Namen Womens Protective and Provident League (Bund zum Schutz und zur Fürsorge für Frauen) ihren Sitz in Broadstreet, Bloomsbury. Die Sekretäre aller Londoner Gewerkschaften sind Mitglieder des Executive-Comites. Mit dieser Centralstätte ist eine Bibliothek, eine Badeanstalt und ein monatlich erscheinendes Blatt verknüpft. Abendunterhaltungen, sowie Vorlesungen und Konferenzen über Gegenstände, welche die Arbeiterfrage berühren, werden von der Centralliga organisiert. Auch trägt sie die Unkosten der Gründung von Zweigvereinen in London und den Provinzen. Doch ist es der Grundsatz dieser Liga, daß Lokalvereine so bald als möglich selbstständig sein sollen.

„In den meisten Fällen ist die Initiative zur Gründung von Lokalvereinen von der Centralliga in London ausgegangen; doch sind an zwei Orten wenigstens Gewerkschaften für Frauen ohne äußere Anregung mit Erfolg ins Leben getreten. Der erste Fall war in Leicester, wo die Strumpfwirkerei und die mit ihr verwandten Geschäfte hauptsächlich von Frauen betrieben werden. Im Jahre 1874 erhielten die Arbeiterinnen von den meisten Fabrikanten eine Erhöhung der Löhne; da jedoch in etwa 40 umliegenden Dörfern billiger gearbeitet wurde, hielt man es für nöthig, auch die auswärtigen wohnenden Arbeiterinnen für die Sache zu gewinnen. Das geschah; die Frauen von Leicester wanderten von Dorf zu Dorf, warben für die Gewerkschaft, sammelten Beiträge ein und hatten in kurzer Zeit 300 Pfund (6000 Mark) als Strifefonds in Händen. Der Erfolg dieser mühseligen Agitation war immerhin ein Steigen der Löhne um etwa 2 Mark pro Woche.

„Ähnliche Züge hat die Geschichte der Wollenweberinnen in Dewsbury aufzuweisen. Dort wurde 1879 eine Gewerkschaft gegründet, hauptsächlich um einem Artickel der Unternehmer entgegenzuwirken, welche die Löhne herabzusetzen suchten. Etwa 700 Mitglieder schlossen sich an und mit einer geringen Strife-Auslage wurde eine Erhöhung der Löhne erzielt.

Allerdings ist diese Bewegung unter den englischen Fabrikarbeiterinnen noch sehr jung und unvollständig, wenn man in Betracht zieht, daß die Zahl derjenigen Frauen, welche selbstständig ihren Unterhalt in Fabriken verdienen, vielleicht eine Million übersteigt. Um so notwendiger ist ein gemeinschaftliches Vorgehen. Die Erhöhung der Löhne ist nicht die einzige und vielleicht nicht einmal die bedeutendste Folge dieser Bewegung. Vielleicht liegt ihr größter Werth in dem erhöhten Selbstvertrauen, im Gefühl der durch Gegenseitigkeit gestärkten Kraft, welche einer größeren Vereinigung vieler in ähnlicher Arbeit beschäftigten Frauen entspringt und welche — fügen wir hinzu — nöthig ist, um immer weitere Fortschritte für die Klasse der Arbeiterinnen zu erkämpfen.

Zum Normalarbeitstag.

Während in Deutschland die Regierung in der Frage der gesetzlichen Regelung und Einschränkung der Arbeitszeit noch ganz und gar auf manchesterlichem Standpunkt verharrt, unter dem ganz richtigen Vorwand, die größere Arbeitsausnutzung sei gleichbedeutend mit einer höheren Löhnung und Lebenshaltung der ganzen Arbeiterklasse — gewinnt im Auslande die Idee des Normalarbeitstages immer einflussreichere Anhänger.

In seinem letzten Jahresbericht (1886 erschienen) bekennt sich auch der Leiter des arbeitsstatistischen Bureaus von Pennsylvania zum — man höre und staune! — zum gesetzlichen **achtstündigen** Normalarbeitstag. Aus seinen unerhört kühnen Ausführungen übersehen wir das Folgende:

„Eine der Forderungen, welche von den Arbeitern jetzt erhoben werden, ist: die normale Dauer eines Arbeitstages durch Gesetz auf acht Stunden festzusetzen. Es handelt sich hier um einen Vorschlag, welcher in ernster Erwägung gezogen werden sollte, wenn die Volkvertretung sich wieder mit Arbeiterverhältnissen beschäftigt. Die Arbeiterklasse hat sich im Laufe der Geschichte erst langsam und mühselig aus Sklaverei, Leibeigenschaft und Sclaverei zu ihrer jetzigen Stellung emporgehoben. Bei jedem Schritte nach aufwärts traf sie auf Widerstand und wenn sie trotzdem heute so hoch steht, so ist dies erreicht worden, allen trüben Warnungen und Prophezeiungen zum Trotz, welche sogenannte Nationalökonomien über die wirtschaftlichen Zerstörungen und Umwälzungen vorbrachten, welche unermesslich seien, wenn die Arbeiter ihre Rechte durchsetzen. . . . Ein englisches Parlamentsmitglied äußerte 1680, die englische Industrie könne nicht gedeihen, weil die englischen Arbeiter täglich einen Schilling (eine Mark) verlangten! Als 1845 im englischen Parlament eine zehnstündige Arbeitszeit (für die Textilindustrie) beantragt wurde, da sprach man auch vom Ruin der Industrie. Als aber 1847 der Antrag Gesetz wurde, da wurde auch nicht ein Fabrikant dadurch ruiniert, und die Löhne sanken nicht, sondern sie stiegen. . . . Die Gegner des Normalarbeitstages betonen gern, daß nur ein paar Demagogen, aber nicht die eigentlichen Arbeiter selber eine geringere Arbeitszeit verlangen. Nun, Charles Sumner war gewiß kein Demagoge, aber er sprach im Senate der Vereinigten Staaten seine Meinung dahin aus: „Die Arbeiter haben meine vollste Sympathie, wenn sie größere Gleichheit und eine höhere Lebenshaltung erstreben. Ich besteho daher darauf, daß der Versuch eines gesetzlichen achtstündigen Arbeitstages zunächst in den Staatenwerkstätten gemacht werde, und daß man alsdann weiter gehe. Ich will es ganz offen aussprechen, daß mir eine solche Maßregel besonders deshalb werthvoll erscheint, weil sie die Erziehung und allgemeine Fortbildung fördern würde. Ist der Versuch nach dieser Seite von Erfolg, so wird auch mich die Frage eines kleinen Geldverlustes auf der einen, eines kleinen Gewinnes auf der anderen Seite wenig kümmern, denn nach meinem Dafürhalten steht das geistige Wohl der Familien der Arbeiter über den Dollars und Dividenden. . . . Dieselben Gründe, welche einst zur Annahme der zehnstündigen Bill (in Pennsylvania) führten, drängen jetzt von neuem mit größerer Kraft. Der Fortschritt der Civilisation, die neuen Erfindungen und die verbesserten Maschinen, haben die notwendige Arbeit vermindert und die Produktion vermehrt. Der Arbeiter fordert jetzt als eine der ihm gebührenden Wohlthaten dieses Fortschrittes, daß die Zahl der Arbeitsstunden herabgesetzt werde. Bei der Löhnung, die er heute erhält, kommt ihm von der steigenden Produktionsmasse nicht soviel mehr zu, daß die alte Arbeitsdauer gerechtfertigt erscheint. Er verlangt stetige Arbeit, ohne erzwungene Arbeitslosigkeit, und er hofft, daß dieses Verlangen durch eine Beschränkung der Arbeitszeit erreicht werden kann. Daß in einer nicht ferneren Zukunft acht Stunden die Durchschnittsarbeitszeit bilden werden, steht für mich außer Zweifel. Das allein steht in Einklang mit dem Geiste unserer Zeit und mit dem Fortschritt unserer technischen Bildung und Fähigkeit.“

So schreibt ein einflussreicher Beamter eines der industriellsten Länder der Erde — denn Pennsylvania's Industrie umfaßt etwa ein Achtel sämmtlicher industrieller Unternehmungen und etwa ein Siebentel sämmtlicher industrieller thätiger Personen der Vereinigten Staaten!

Welch ein kläglicher Abstand zwischen diesem Votum und dem neuerdings so viel citirten Gutachten des Re-

gierungsrathes Jakobi. „Es muß — heißt es in letzterem — erwartet werden, daß die Gütererzeugung der Nation, was sie an Arbeitszeit verliert, an Arbeitskraft wiedergewinne! . . . Unter diesen Voraussetzungen aber — welcher Menschlichdenkende wollte nicht mit uns den Wunsch theilen, daß auch wir in Deutschland, nicht durch das Gesetz, sondern durch die Sitte, allgemein zum Normalarbeitstage von etwa 10 Stunden, als der regelmäßigen oder durchschnittlichen Zeitdauer der Beschäftigung aller Arbeiter gelangten?“ Durch die Sitte! Und wenn die Arbeiter sich zumuthen und anfangen, auf gute Sitten zu halten, dann kommen die Regierungskollegen des Herrn Jakobi mit Streik- und Versammlungserlassen und machen auch diese Versuche zu nichts!

Und dabei rümpfen wir in Deutschland auch noch die Nase über die „manchesterlichen“ Yankee's!

Auch in Frankreich strebt man für die Frauen- und Kinderarbeit eine gesetzliche Neuregelung an. Nachdem schon seit 1885 verschiedene Vorlagen aus der parlamentarischen Anregung hervorgegangen waren, jedoch nicht zu Beschlüssen führten, hat das Ministerium Goblet in diesem Frühjahr einen Gesetzentwurf eingebracht, welchen es durch die seit 1874 eingefetzte Commission supérieure du travail des enfants et des filles mineures (die Kommission für Kinder- und Mädchenarbeit) ausarbeiten ließ. — Dieser Entwurf beschäftigt sich nur mit den Gegenständen des kürzlich vom Deutschen Reichstag gefassten Beschlusses und befindet sich in fast vollständiger Uebereinstimmung mit dessen Bestimmungen. Das vollendete dreizehnte Lebensjahr und die Ableistung der gesetzlichen Schulpflicht werden hier ebenfalls zur Vorbedingung des Beginns gewerblicher Arbeit gemacht und ebenso die Nacht- und Sonntagsarbeit aller Frauen, also nicht bloß der minderjährigen, grundsätzlich untersagt, unter ähnlicher Gestattung von Ausnahmen durch die höheren Verwaltungsbehörden, wie in dem vom Reichstag beschlossenen Gesetze. Nach allen Vorverhandlungen über diesen Gegenstand in der Deputirtenkammer ist an der Annahme dieser Gesetzesvorlage nicht zu zweifeln, obgleich die französische Großindustrie einen großen Einfluß auf die dortige Gesetzgebung übt und sich in den Fragen der Arbeiterschutzgesetzgebung bisher ebenso engherzig gezeigt hat wie die Mehrzahl der deutschen Unternehmer. In dem Augenblick also, wo wir die deutsche Gewerbeordnung in Elsass-Lothringen als einen Fortschritt einzuführen im Begriff stehen, hätte uns Frankreich weit überholt, wenn die deutsche Regierung wirklich auf ihrem ablehnenden Standpunkte verharrt und damit die wirklich lächerlich beschiedenen Beschlüsse des Reichstages hinfällig macht. Aber auch hier wieder welches wenig erquickliche Bild: Die deutsche Regierung, die sich rühmt, an der Spitze der „Sozialreform“ zu marchiren, ablehnend gegen Vorschläge, welche in dem weniger mit seinem „Staatssozialismus“ sich brüstenden Frankreich das Ministerium selber erhebt. In Frankreich Regierung und Parlament für das Gesetz, dagegen allein die Unternehmer. In Deutschland das Parlament ebenfalls für den geringen Fortschritt, dagegen Unternehmer und Regierung. Ein wenig schmeichelhafter Gegensatz!

— Die in Holland mit der Enquête über die Kinderarbeit und die Arbeit in den Fabriken beauftragte Kommission der zweiten Kammer hat einen provisorischen Bericht erstattet, in welchem sie sich dafür ausspricht, die Arbeit junger Leute unter 16 Jahren zu beschränken, die Nachtarbeit und die Sonntagsarbeit den Frauen ganz und jungen Leuten unter 18 Jahren theilweise zu verbieten und denselben eine Ruhezeit von 2 Stunden täglich zu gewähren. Die Kommission empfiehlt sodann eine besondere Untersuchung der Fabriken und Werkstätten durch sachverständige Beamte und die Vorlegung eines Gesetzes betreffend die Sicherheit und die Erhaltung der Gesundheit der Arbeiter, die Ernennung von Fabrikinspektoren sowie das Ergreifen von Maßregeln zur Vorfrage für die Arbeiter und ihre Familien bei Krankheiten, Altersschwäche, Todes- und Unglücksfällen.

— Die Freunde des vom päpstlichen Bannstrahl wegen seines Agrarsozialismus getroffenen katholischen Priesters Mc. Glynn in New-York, haben sich unter Zustimmung des letzteren geweigert, eine Petition nach Rom an den Papst zu senden und diesen um Wiedereinsetzung Mc. Glynn's als Prediger an der St. Stephanskirche zu bitten. Wie der „Standard“, das Organ Henry George's, erklärt, ist die Zeit vorüber, wo amerikanische Katholiken, die sich selbst achten, den Papst in dieser Angelegenheit mit Bitten behelligen; sie seien es vielmehr sich selbst und ihrem Glauben schuldig, ein für allemal die Frage zu entscheiden, ob ihre politischen und sozialen Ansichten und Handlungen von Rom aus diktiert werden sollten oder nicht. Dies könne nicht durch eine Petition, sondern nur durch einen Protest geschehen. Die italienischen geistlichen Herren würden so lange über den Unwillen der Katholiken in den Vereinigten Staaten mitleidig mit den Schultern zucken, als katholisches Geld regelmäßig von hier nach Rom fliehe. Man müsse es sich überhaupt überlegen, ob es rathsam und weise sei, so viele Geldmittel, wie bisher, für katholische Institutionen, wie Kirchen, Schulen u. s. w., in die Hände von Leuten kommen zu lassen, die zu lehren beflissen seien, daß amerikanische Katholiken nicht nur kirchliche, sondern auch politische „Anterthanen“ seien. — Wir hoffen auch, daß der amerikanische Katholicismus aus etwas solidem Holz geschnitten ist, wie es etwa die deutschen Septenatskatholiken sind.

Der Bericht der englischen socialdemokratischen Föderation, welcher der im nächsten Monat stattfindenden Jahresconferenz vorgelegt werden wird, weist auf die außerordentlichen Fortschritte hin, welche die Bewegung im verflossenen Jahre in England gemacht hat. In London sind während der Zeit 13 und in den Provinzen 18 neue Zweigvereine gegründet worden.

Die russische Verfügung über die Entfernung der Ausländer aus wichtigeren Stellungen, welche vor etwa 2 Monaten erlassen worden ist, soll nach dem „Kurjer Warsz“ aufgehoben sein. Eine Bestätigung dieser Nachricht bleibt jedenfalls abzuwarten. Inzwischen veröffentlicht der „Oberschles. Anz.“ eine Zuschrift des Amtes Wojt im Bessiner Kreise an sämtliche Directoren, Berginspektoren, Gutsverwalter, Fabrikdirigenten, Werkvorsteher u. s. w., welche ausländische Untertanen sind. In dieser Zuschrift wird auf Grund des oben erwähnten, angeblich neuerdings aufgehobenen Ukases den betreffenden Ausländern aufgegeben, einen Revers zu unterschreiben, dahin gehend, daß sie sich nicht mehr als Disponirende über das unbewegliche Eigenthum der von ihnen geleiteten Werke, Güter, Gruben, Fabriken u. s. w. bekennen wollen.

Aus dem Deutschen Reiche.

Das socialdemokratische Wahlkomitee für die Landtagswahlen in Sachsen theilt die folgenden in Aussicht genommenen Kandidaturen mit: a) Abgeordnete der Städte. Leipzig Stadt. Kandidat: Wilh. Liebknecht-Borsdorf. b) Abgeordnete der städtischen Wahlkreise. 4. Wahlkreis. Kandidat: Schneidermeister Lehmann. 6. Wahlkreis. Kandidat: Wilh. Liebknecht-Borsdorf. 7. Wahlkreis. Kandidat: Restaurateur Börner-Großenhain. 8. Wahlkreis. Kandidat: Restaurateur Peters-Dresden. 10. Wahlkreis. Kandidat: August Bebel. 14. Wahlkreis. Kandidat: Kaufmann Preuß-Limbach. 17. Wahlkreis. Kandidat: Schneidermeister Lehmann. 22. Wahlkreis. Kandidat: Musikdirector Stolle-Meerane. c) Abgeordnete des platten Landes. 23. Wahlkreis. Gerichtsamtbezirk Leipzig I. Kandidat: August Bebel. 37. Wahlkreis. Kandidat: Wilhelm Liebknecht-Borsdorf. 38. Wahlkreis. Kandidat: Bäckermeister Otto-Chemnitz. 39. Wahlkreis. Kandidat: Musikdirector Stolle-Meerane.

Der Abgeordnete Bebel verläßt am 14. August das Zwickauer Gefängniß, in dem er neun Monate um seiner Ueberzeugung willen inhaftirt war. Möge dem verdienten Mann dauernd die Freiheit und damit den deutschen Arbeitern dauernd ein bewährter Streiter erhalten bleiben. — Wir fügen hier übrigens gleich eine kleine Notiz an, welche, ebenso wie die Wirthshausverbote, das sächsische Spießbürgerthum, das beschränkste der Welt, vortrefflich charakterisirt. In Plauen bei Dresden, dem jetzigen Wohnsitz Bebel's, existirt ein Turnverein für Frauen und Mädchen, von welchem kürzlich auch die Tochter Bebel's eine Aufforderung zum Beitritt zugesandt erhielt. Dieser Aufforderung leistete Fräulein Bebel auch Folge, aber ihr Aufnahmeforsch wurde abschlägig beschieden, und zwar ist, wie das „Sächs. Wochenbl.“ zu berichten weiß, diese Ablehnung damit motivirt worden, daß „die politische Gesinnung ihres Vaters die Aufnahme nicht zulässig erscheinen lasse.“

Wegen socialistischer Wahlagitation wurden in Waldenburg (in Schlesien) zwei Bergleute entlassen. Das „Schles. Morgenbl.“ sucht diese elende Knechtung noch zu beschönigen, indem es schreibt: „Das Breslauer socialistische Blatt wimmert über das Schicksal zweier Waldenburger Bergleute, Familienväter, welche von der Victorgrube entlassen sind, weil sie für den bekannten Socialdemokraten Michelsen agitirt haben. Ein durchaus harmloser Sport, diese Apitation für Michelsen! Was bedeutet denn die Stimmabgabe für diesen, doch weiter nichts als die Kundgebung: Ich wähle den Mann, welcher dafür ist, daß die Grubenbesitzer verjagt oder todgeschlagen werden und ihr Geld getheilt wird! Und das wollen die Grubenbesitzer nicht als das Recht der Arbeiter anerkennen; sie halten sich vielmehr für berechtigt, Leute, die ihnen an den Kragen wollen, aus ihrem Hause, ihrer Arbeit zu entfernen. Schreiende Ungerechtigkeit das!“ — Wir wollen das „Schles. Morgenbl.“ in seiner glücklichen Unwissenheit über die Arbeiterbestrebungen der Zukunft nicht stören. Nur das eine aber wollen wir ihm bemerken: Es sind bis jetzt mehr Arbeiter durch die Schuld der Unternehmer umgekommen, als Unternehmer durch die Schuld der Arbeiter! Und gerade die Leute, welche sich den Arbeiterbestrebungen am meisten entgegenstellen, indem sie jede Förderung des Arbeiterschutzes zurückweisen, gerade diese Leute tragen Schuld, wenn auch ferner noch jedes Jahr viele Menschenleben nutzlos geopfert werden. Stimmt das oder stimmt das nicht?

Dem Einflusse der herrschenden Zollpolitik auf den internationalen Verkehr widmen allgemach auch die besten schutzollnerischen Handelskammern bewegliche Klagelieder. Die Handelskammer von Iserlohn bestreitet zwar, daß der deutsche Zolltarif vom 1. Juli 1879 den Anstoß für die Zollserhöhungen der anderen Staaten gegeben habe, aber sie sagt dann doch des Weiteren wie folgt:

Die jetzige Art und Weise der Durchführung der Zollautonomie (Zollständigkeit), bei welcher in kurzen Zeiträumen bald diese, bald jene Position des Tarifs eine Aenderung findet, und den wägen kleinerer oder größerer Gruppen von Gewerbetreibenden auf Kosten

der Konsumenten fort und fort nur allzu sehr Rechnung getragen wird, hat für den internationalen Verkehr die größte Unsicherheit gebracht und wird bei der fortwährenden Aussicht auf Zolländerungen den Unternehmungsgeist unterbinden und lähmen. Der Auf nach einer größeren Beständigkeit der Zollgesetzgebung wird daher haben und drüben laut. Heute können Kaufleute und Industrielle, welche sich auf ein bestimmtes Absatzgebiet im Auslande eingerichtet haben, durch den raschen Wechsel der Zölle plötzlich zur Einstellung ihrer Unternehmungen gezwungen werden. Es ist daher zu wünschen, daß beim Abschluß von Handelsverträgen soweit als möglich Tarifabmachungen vereinbart werden, welche auf eine bestimmte Reihe von Jahren eine Sicherheit des Verkehrs bieten. Mögen hierbei auf beiden Seiten größere Konzessionen den Nachbarstaaten eingeräumt werden, immerhin giebt die Bestimmung fester Positionen für eine Dauer von Jahren sicheren Anhalt, in welchen Waarengattungen überhaupt noch ein internationaler Verkehr bestehen kann.“

Ob die Iserlohrner Handelskammer sich wohl bewußt ist, welche ungünstiges Zeugniß sie damit der Schutzollpolitik ausstellt? Genau das ist eingetreten, was von den Gegnern dieser Politik hundert Mal vorausgesagt worden ist, und alle Versuche müssen fehlschlagen, das Deutsche Reich von dem Vorwurf reinzuwaschen zu wollen, als wirksamster Apostel der Schutzollnerie aufgetreten zu sein, während es das größte Interesse an der Freiheit des internationalen Handels hat.

Ueber den Rückgang der Eisenindustrie in der Schutzollperiode der letzten 8 Jahre bringt die „Hagener Zeitung“ einen lehrreichen Artikel, aus welchem hervorgeht, daß die Ausfuhr in den verschiedensten Hauptbranchen der Eisenindustrie nach Oesterreich, Rußland und Frankreich seit 1882 resp. 1883 überall erheblich zurückgegangen ist. Und nun bedenke man, so bemerkt dazu das genannte Blatt, daß außer diesen Nachbarstaaten auch Italien und die Schweiz noch Miene machen, das Absperrungssystem, das Deutschland durch seinen Uebergang zum Schutzoll in Oesterreich hervorgerufen und in Rußland verschärft hat, gleichfalls anzunehmen. Wo soll Deutschland, wenn ihm alle diese Länder als Käufer seiner Eisenwaaren verloren gehen, dafür neue Absatzgebiete finden? Das Inland wird ohnehin für die heutigen Konsumverhältnisse schon mit Eisenwaaren überschwemmt, da bereits jetzt ein großer Theil der früher nach Oesterreich, Rußland und Frankreich ausgeführten Artikel im eigenen Lande Aufnahme finden muß.

Die Zunahme der überseeischen Auswanderung aus Deutschland dauert fort. Nach dem neuesten Monatsheft zur Statistik des Deutschen Reichs sind im Juni c. 8644 Personen über deutsche Häfen, Antwerpen, Rotterdam und Amsterdam aus Deutschland ausgewandert. Im vorigen Jahre betrug die Auswanderung für den Juni 5907 Personen, in den Jahren von 1885 bis 1881 zurück 9625, 10 197, 13 331, 15 477 und 23 620 Personen. Seit Beginn des laufenden Jahres bis Ende Juni sind im Ganzen 57 181 Personen auf dem angegebenen Wege ausgewandert gegen 40 597 im ersten Halbjahr 1886, so daß die Auswanderung um 16 584 oder 40,8 pCt. gestiegen ist. Von den im ersten Semester d. J. ausgewanderten Personen kamen 9278 aus Westpreußen, 6333 aus Posen und 4860 aus Pommern, so daß diese drei Provinzen 35,8 pCt. der gesammten deutschen Auswanderung für sich in Anspruch nehmen.

Der deutsche Kriegerbund hat schon bei den Wahlen den „Nationalen“ nicht zu verachtende politische Dienste geleistet. Jetzt denkt er auch hinten in der Poladei seine espriehliche Thätigkeit zu entfalten. „Man kam dahin überein, berichten die Blätter, daß der Vorstand des Deutschen Kriegerbundes ein von ihm für seine Zwecke — hauptsächlich Noorkultur — für geeignet erachtetes Gut der Ansiedelungskommission in Verwaltung übernimmt, eine näher zu vereinbarende Rente zahlt und die Verwaltungskosten trägt. Der Kulturplan soll der Ansiedelungskommission vorgelegt und das Gut demnächst in kleinwirthschaftlicher Betriebsform an Ansiedler aus Mitgliedern des Kriegerbundes übergeben werden, denen die Vortheile der Ansiedelung zu Gute kommen. Ob der Kriegerbund dann verpackt oder zu Eigenthum vergiebt, bleibt ihm überlassen.“ — Um bei der Bevölkerung der polnischen Landestheile größere Sympathie zu gewinnen, kann es wohl gar nichts unglücklicheres geben, als grobe Schnauzbarte dorthin zu senden, die den „Umgang mit Menschen“ nicht bei Amigo, sondern auf den Kasernenhöfen gelernt haben.

Die Frage, wie die Gefangenen in den vom Ministerium des Innern ressortirenden Straf- und Gefängnisanstalten anzureden seien, ist neuerdings Gegenstand der Erörterung und dabei vorgeschlagen worden, zur Herbeiführung eines gleichmäßigen Verfahrens, durchweg für alle Zuchthaussträflinge sowie für alle mit Verlußt der bürgerlichen Ehrenrechte bestrafte Gefangenen aber die Anrede „Du“, für die übrigen Gefangenen aber die Anrede „Sie“ anzuordnen, welche letztere Anrede in den Gefängnissen der Justizverwaltung durch § 17 des Reglements vom 16. März 1881 für alle erwachsenen Gefangenen vorgeschrieben ist. — Wir sehen keinen Grund, von der Anrede mit „Sie“ überhaupt abzuweichen. Das Verhältniß zwischen der Anstaltsverwaltung und den Inhaftirten ist an sich schon ein so hartes, daß man es durch Anreden, die auch von dem Hartgesottesten als Entwürdigung empfunden werden, nicht noch verschlimmern sollte. Gerade die Gegenwart, welche die Verbrecher als Erzeugnisse der sozialen Zustände, für welche der Einzelne nicht kann, oder als von Natur krankhaft Beunlagte erkannt hat, hätte keine Ursache, zur Buße und Strafe auch noch die moralische Degradirung hinzuzufügen.

Behördliche Mahregelungen von Arbeitervereinen und Socialdemokraten. Am 30. Juli wurde in Lübeck der Fachverein der Töpfer auf Grund des § 9 des Sozialistengesetzes aufgelöst. — In Braunschweig erfolgte am Freitag Abend voriger Woche das Verbot des Fachvereins der Tischler und am Sonnabend Morgen die Aufhebung dieses Verbots. Das Verbot war durch die ertüchtliche Annahme veranlaßt, daß die in der Bibliothek des Fachvereins befindliche „Internationale Bibliothek“ (Verlag von J. D. B. Diez, Stuttgart) mit der verbotenen in New-York unter gleichem Titel erscheinenden Schriftsammlung identisch sei!!! — In Gotha wurde am 30. Juli bei verschiedenen Personen Hausdurchsuchung nach verbotenen sozialistischen Schriften vorgenommen, jedoch ohne Erfolg. — In Crimmitschau und in den benachbarten Orten wurde in der Nacht vom Sonnabend zum Sonntag das „Manifest“ des socialdemokratischen Zentral-Wahlkomites: „An die Wähler Deutschlands“ verbreitet. Dem Manifest war ein Hinweis auf die im Herbst bevorstehenden Wahlen zum sächsischen Landtag beigelegt. Alle „Wachsamkeit“ der Behörden half nichts. — Ausgewiesen aus Leipzig auf Grund des Sozialistengesetzes ist Schriftsteller Frey. — Das Berliner Polizeipräsidium hat auf Grund des Sozialistengesetzes die Druckschrift: „Socialdemokratische Bibliothek XV.“ wegen Wiederabdrucks der „Verteidigungsrede Lassalle's vor dem Berliner Kammergericht gegen die Anklage, die bestialen Klassen von Haß und zur Verachtung gegen die Besitzenden öffentlich angereizt zu haben“, verboten. — Wannheim, 2. August. In heutiger Sitzung der Ferienstrafkammer des hiesigen Landgerichts wurden 6 Socialdemokraten, darunter der aus Frankfurt a. M. ausgewiesene 33 Jahre alte Schlosser Robert Winter aus Straßburg, wegen Verbreitung verbotener sozialistischer Schriften zu Gefängnisstrafen von 3 Wochen bis zu 10 Monaten 2 Wochen verurtheilt. Winter erhielt 2 Monate Gefängniß. Ein Siedenter wurde freigesprochen. — Die Ferienstrafkammer des Altonaer Landgerichts beschloß, die im Altonaer Sozialistenprozeß beschuldigten, im März verhafteten 11 Personen mangels hinreichenden Belangungsmaterials außer Verfolgung zu setzen und aus der Haft zu entlassen. Der Staatsanwalt erhob Beschwerde.

Unfallversicherung für Seelente. Nach § 22 des Unfallversicherungs-Gesetzes für Seelente sind die Eigenthümer der unter § 1 dieses Gesetzes fallenden, in das Schiffsregister nicht eingetragenen Fahrzeuge verpflichtet, den für die letzteren ausgefertigten Bescheid der Ortspolizeibehörde des Heimathortes binnen einer vom Reichsversicherungsamte zu bestimmenden Frist einzureichen. Diese Frist ist, nach den offiziellen „B. P. R.“, vom Reichsversicherungsamte auf die Zeit bis zum 1. September d. J. einschließlich festgesetzt worden. Binnen gleicher Frist haben die Unternehmer der Betriebe, welche nicht Seeschiffsbetriebe sind, die Zahl der in ihrem Betriebe durchschnittlich beschäftigten versicherten Personen bei der unteren Verwaltungsbehörde anzumelden. Das ist notwendig, um die versicherungspflichtigen Betriebe und Personen genau festzustellen und danach die Ausdehnung der Unfallversicherung überhaupt bemessen zu können.

Zu dem mysteriösen Prozeß gegen den Rechtskonsulenten Sparr in Berlin, der angeblich vom Schwurgericht wegen Majestätsbeleidigung und Vergehen gegen das Dynamitgesetz verurtheilt worden ist, schreibt man der „Frankf. Ztg.“ aus Berlin: Allerdings ist für Majestätsbeleidigungen nicht das Schwurgericht (außer wenn es sich um Thätlichkeiten gegen den Kaiser oder „Landesherrn“ handelt, was hier nicht der Fall war), sondern die Strafkammer zuständig; wohl aber ist das Schwurgericht zuständig für Verbrechen gegen das Dynamitgesetz. Dazu kommt, daß das Dynamitgesetz eine Bestimmung enthält, welche speziell für die Verbreiter anarchistischer Zeitschriften berechnet ist. Es ist dies der § 10 des Dynamitgesetzes, welcher folgenden Wortlaut hat: Wer öffentlich vor einer Menschenmenge oder vor durch Verbreitung oder öffentlichen Anschlag oder öffentliche Ausstellung von Schriften oder andern Darstellungen, oder wer in Schriften oder andern Darstellungen zur Begehung einer der in den §§ 5 und 6 bezeichneten strafbaren Handlungen (das sind: vorsätzliche Gefährdung für das Eigenthum, Gesundheit oder Leben, schwere Körperverletzung, Tödtung durch Anwendung von Sprengstoffen) oder zur Theilnahme an denselben auffordert, wird mit Zuchthaus bestraft. Gleiche Strafe trifft denjenigen, welcher auf die vorbeschriebene Weise zur Begehung der im Absatz 1 gedachten strafbaren Handlungen insbesondere dadurch anreizt oder verleitet, daß er dieselben anpreist oder als etwas Nützliches darstellt.“ Die Verbreiter anarchistischer Schriften, Flugblätter u. s. w. können daher leicht des Verbrechens gegen diesen § 10 des Dynamitgesetzes beschuldigt und auch schuldig befunden werden. Da im Falle des Vergehens gegen § 10 des Dynamitgesetzes auch auf Zulässigkeit von Polizeiaufsicht erkannt werden kann, so spricht auch dieser Punkt für die Richtigkeit der Ansicht, daß die Verurtheilung Sparr's von dem Berliner Schwurgericht wegen Vergehens gegen das Dynamitgesetz erfolgt ist. — An der Sache ist und bleibt räthselhaft, wieso kein Berichterstatter, kein Rechtsanwalt und gar Niemand etwas von der Verhandlung gegen Sparr erfuhr.

Soziales und Arbeiterbewegung.

Neger als Arbeitssritter. In den letzten zwei Jahren haben die amerikanischen Arbeitssritter unter den Negern im Süden einen großen Anhang gefunden. Wahrscheinlich ist die Annahme nicht übertrieben, daß gegenwärtig die Hälfte aller Negern in den Städten des Südens zu den Arbeitssrittern gehört. Auch auf dem Lande nimmt die Zahl der farbigen Arbeitssritter fortwährend zu, obgleich dies nicht so schnell geschieht, wie in den Städten. Die Arbeitssritter machen als echte Arbeiter, die in jedem Menschen einen Bruder sehen, keinen Unterschied zwischen ihren weißen und farbigen Mitgliedern, und ihre Führer sind durchaus nicht dafür, daß sich neue „Assemblies“ (Lokalvereine) nur auf Grund der Hautfarbe ihrer Mitglieder bilden. Im Süden war jedoch die Bildung „farbiger Assemblies“ schon einfach aus dem Grunde nicht zu vermeiden, weil die Mehrzahl der dortigen Arbeiter aus Negern besteht. Es ist bis jetzt noch nicht statistisch nachgewiesen, wie viele Negern eigentlich zu dem Gebirgsbunde gehören, doch ist es die Ansicht des Sachverständigen Frank Ferrell, daß es zur Zeit mindestens 400 „Assemblies“ in den Vereinigten Staaten giebt, zu welchen ausschließlich Negern gehören. Rechnet man auf jede Gruppe 150 Mitglieder — eine gewiß nicht zu hoch gegriffene Anzahl — dann ergibt sich, daß im Ganzen mindestens 60 000 farbige dem Orden der Arbeitssritter beigetreten sind. Außerdem giebt es in den Gewerkschaften in den nördlichen Staaten und in südlichen „Assemblies“ mit gemischtem Bestand vielfach noch Negern-Mitglieder, so daß also die Gesamtzahl aller gewerkschaftlich organisirten Negern mit 90 000 bis 95 000 nicht zu hoch gegriffen ist. Daß es auch im Interesse der weißen Arbeiter liegt, wenn die Negern sich berufsgenossenschaftlich verbinden, liegt auf der Hand. Jeder Streit und jede Bewegung könnte sonst mit Hilfe der unorganisirten Farbigen durch die Unternehmung zu nichte gemacht werden.

Fünzigtausend Zimmerleute sind nach der Schätzung des „Carpenter“ (Zimmerer) in den Vereinigten Staaten gewerkschaftlich organisiert. Davon 41 000 auf die „Brüderschaft der Zimmerleute“, welche Lokalverbände in 226 Städten der Vereinigten Staaten und in 12 canadischen Plätzen hat. Die „Amalgamated Society der Carpenter“ (wörtlich: Vereinigung der Zimmerer) hat 26 Zweige und 1470 Mitglieder in 19 Städten, der „Vereinigte Orden der Carpenter“ 23 „Lagen“ in und um New-York mit 4000 Mitgliedern. Die Knights of Labor (Ritter der Arbeit) haben beiläufig 20 Lokalvereine der Zimmerleute mit etwa 2000 Mitgliedern. Die Brüderschaft hatte im Monat Mai einen Zuwachs von 21 Lokalverbänden aufzuweisen. Unfraglich werden die kleineren Organisationen sich über kurz oder lang mit ihr verschmelzen.

Normalarbeitstag für Bäcker im Staate New-York. Die Gesetzesvorlage des Staates New-York, welche 10 Stunden als Arbeitstag in Bäckereien zum Zwecke hatte, ist in der „Assembly“ mit 45 gegen 56 Stimmen verworfen worden, nachdem der „Senat“ dieselbe bereits angenommen hatte. Diese Art der gegenseitigen Verhinderung arbeiterfreundlicher Gesetze ist in den Vereinigten Staaten überhaupt sehr beliebt. Bald frisch eine erste Kammer ihren verbliebenen Glanz durch etwas Arbeiterfreundlichkeit auf, dann thut die zweite der ersten den Gefallen, abzulehnen. Und umgekehrt, schwingt sich die zweite öfter zu gewaltigen Reformen auf, in der Hoffnung, daß die Spießgesellen in der anderen Vertretung die Beschlüsse wieder hinfällig machen. Dieses ergötzliche parlamentarische Tafelenspielerkunststück läßt sich natürlich nur solange ausführen, bis die Arbeiter selber eine mächtige politische Partei geworden sind. Dazu sind sie ja gerade in den Vereinigten Staaten auf dem besten Wege.

Der Unterstützungsverein deutscher Tabakarbeiter hat in den verschiedensten deutschen Staaten schwere Hemmungen überstehen müssen. Bald suchte man ihn als „Versicherungsanstalt“ unter behördliche Kontrolle zu bringen, bald erklärte man ihn für „politisch“ und machte ihm aus diesem Grunde das Leben sauer. Trotzdem gedeiht er auf das Beste und wie nöthig seine Thätigkeit im Interesse der Arbeiter ist, das beweisen folgende Lohnzahlen, welche Colleague Junge auf der letzten halberständigen Generalversammlung einer Statistik über Deutschland entnahm.

Es variierte der wöchentliche Verdienst bei männlichen Rollern	zwischen	9—18 M.
weiblichen	7—12 „	
Widelmachern	4—11 „	
Sortirern	10—20 „	
Sortirerinnen	5—11 „	
männlichen Rauch- und Kautabafarbeitem	10—20 „	
weiblichen	4—12 „	
männlichen sonstigen Tabafarbeitem	7—12 „	
weiblichen	3—9 „	

Im Allgemeinen stehen die Löhne der männlichen und weiblichen Roller, wo sie an Orten zusammen arbeiten, ziemlich gleich. Die Frauenarbeit hat sich hier für die Unternehmer als ausgezeichnetes Mittel, die Löhne

der Männer herabzusetzen, erwiesen und dieser elende Zustand wird nicht eher aufhören, als bis auch die Frauen gewerkschaftlich organisiert sind. — Daß unter den geschlechterten Verhältnissen viele Arbeiterfamilien vom Tagesverdienst nicht auskommen können, versteht sich von selbst. Colleague Ritter konstatierte denn auch, daß das Defizit hauptsächlich durch Nacharbeit gedeckt werde.

Das Kostgeldgeben auf den deutschen Glashütten.

Die Lohn- und Arbeitsverhältnisse auf unseren deutschen Glashütten — lesen wir im „Fachschnitten“ — bedürfen unbedingt einer einheitlichen Regelung. In erster Linie muß dem unzeitgemäßen System des sogenannten Kostgeldgebens bezw. Rechnens gebrochen werden. Dieses System hat weder Zweck noch Sinn. Diese Einrichtung dürfte kaum in anderen Fabriken anzutreffen sein, nur die Glasfabriken scheinen sich schwer davon trennen zu können. Es giebt wohl hier und da auch Glashütten, wo die Löhnung eine 14 tägige ist, d. h. wo es ein sogenanntes „Kostgeld“ nicht giebt, sondern wo alle 14 Tage der Lohn ausgezahlt wird, aber es sind deren sehr wenige. Vielfach müssen die Arbeiter während einer ganzen Campagne das Mehr des während einer Woche verdienten Lohnes im Comptoir stehen lassen und sich mit dem sogenannten Kostgeld durchschlagen. Die Consequenz dieser Einrichtung ist die, daß es dem Unternehmer während dieser Campagne möglich ist, mit diesem Mehr geschäftlich wirtschaften zu können, während der Arbeiter das notwendige zu entnehmen hat. Hat doch erst vor nicht gar langer Zeit das Personal eines größeren Glashüttenwerkes bis aufs 3 ausgezehrt, daß die Zinsen des während eines Monats erzielten Mehrverdienstes — der Mehrverdienst wird von Monat zu Monat ausgezahlt — jährlich das nette Summen von 6000 M. betragen, um wieviel mehr müssen die Beträge nügen, sobald dieselben täglich umgesetzt werden können. Das ginge aber immer noch, wenn dieses Mehr auch nur immer sicher stünde. Dies kann unter den heutigen Verhältnissen indes Niemand behaupten. Viele, viele unserer Kollegen sind durch dieses System schon um ihr, durch jahrelanges Mühen errungenes Verdienstguthaben gekommen, und eben so vielen stehen die Verluste bevor, sofern sie nicht ausdrücklich darauf dringen, daß ihnen ihr Guthaben ausgezahlt werde. „Wie man mit dem System des „Kostgeldes“ fährt, habe ich — fährt der Einsender im „Fachschnitten“ fort — an mir selbst erfahren, was ich hiermit zur allgemeinen Kenntniß bringe und zum Nachdenken empfehle. Ich trat am 17. Juni 1883 bei Herrn S. Schöner in Deventrop in Arbeit. Bei dem Engagement habe ich ausdrücklich und schriftlich ein Eingehen auf einen Coontract abgelehnt, wodurch also jedem der beiden Theile eine 14 tägige Kündigungsfrist zustand. Ich arbeitete dort bis zum 1. Mai 1887 bei Herrn Schöner, d. h. ich kündigte am 17. April und hörte am 1. Mai auf zu arbeiten. Auch in Deventrop gab es ein wöchentliches „Kostgeld“ als Abschlagszahlung; der Mehrverdienst wurde am 15. des nächstfolgenden Monats ausgezahlt, resp. sollte ausgezahlt werden. Ich hatte nun die letzte Woche vor meinem Abgange 30 M. Mehrverdienst über das erhaltene Kostgeld, während sich mein früheres Guthaben auf 110 M., zusammen also 140 M. bezifferte. Meine Abrechnung konnte ich am 1. Mai nicht erhalten und so verzog ich am 2. Mai nach auswärts, in dem guten Glauben, mein Geld würde mir nachgeschickt werden. Geld kam indes nicht, wohl aber erhielt ich eine Vorladung vom hiesigen Amtsgerichte, welches mir mittheilte, Herr Schöner habe mich verklagt, weil ich statt einen Monat nur 14 Tage gearbeitet hätte und angab, er habe in diesen 14 Tagen nicht geleisteter Arbeit 121 M. an Löhnen an andere Arbeiter ausbezahlt gehabt, so daß ich nur noch 19 M. zu erhalten hätte!!! Ich übergab nun die Sache einem Rechtsanwalte, welcher mir kurz darauf eröffnete, über das Vermögen des Herrn Schöner sei der Confiscation eröffnet. Also der Geperle bin ich auf alle Fälle, wenn nicht das Gericht meine Forderung als vor allen anderen Gläubigern gehend anerkennt.“

Der Streik der Zimmerer Leipzigs dauert unverändert fort. Vor Jüng wird gewarnt. Anfragen und Sendungen sind zu richten an R. Friedrich, Neudnitz-Leipzig, Augustengartenstraße 20. — Arbeiterfreundliche Blätter werden um Abdruck gebeten.

Vereine und Versammlungen.

Arbeiter Berlins treten dem Sanitätsverein bei!
Am Dienstag Abend fand eine öffentliche Versammlung für Männer und Frauen statt im Kastanienwäldchen Badstraße. Der Referent Herr Hund behandelte das Thema: „Welche Vorteile bietet den Arbeitern Berlins der Sanitäts-Verein für beiderlei Geschlecht, Eingeführte Hilfs-Kasse. Der Vortragende erläuterte zunächst das Entstehen des Vereins durch Anlaß und unter Mitwirkung der Vorstände aller Hilfsklassen in Berlin, er zeigte, wie wohlthätig derselbe von Anfang an wirkte. Der Beitrag ist verhältnismäßig äußerst gering: eine erwachsene Person zahlt monatlich 25 Pfennige, ein Kind unter 2 Jahr 20 Pf. und über 2 Jahren (bis zu 15) 10 Pf. Für die ganze Familie beträgt das Eintrittsgeld nur eine Mark. Unternehmung ist nicht. Die Mitglieder erhalten bei Krankheiten freie ärztliche Hilfe, auch in der Nacht, bei allen vom Verein angestellten Aerzten. Der Verein zählt schon über 2000 Mitglieder, und stehen denselben schon beinahe ebenso viel Aerzte zur Verfügung, als den viel zahlreicheren Ortsklassen-Mitgliedern. Es würde jetzt mit aller Ausdauer gearbeitet, den Verein in allen Bezirken und Familien mehr und mehr bekannt zu machen. Ein großer Theil der Mitglieder hat schon viele Consultationen bei den Aerzten gehabt, auch in der Nacht; sie alle fanden sofortige Hilfe. Wenn sie bei Privatärzten theuer hätten bezahlen müssen, dann wären sie vielleicht ihr ganzes Leben lang darum in Noth und Sorgen gerathen. Diese Mitglieder agitiren daher am eifrigsten, den Verein groß zu machen. Ist derselbe erst größer, so ist es auch möglich, noch immer mehr zu bieten. In nächster Linie ist da die freie Medizin ins Auge gefaßt. — Alle nächsten Redner sprachen sich lobend für den Verein aus, ebenso Frau Cantius, welche es den anwesenden Damen, als den ersten Kättern der Familie, warm ans Herz legte, dem Verein, welcher die Familien schützen will, beizutreten. Die Mitglieder des Sanitäts-Vereins erhalten Bonus und Aerzte-Verzeichnisse bei folgenden Beitragsämtern: 1. Spletstößer, Weinbergsweg 15 b (Cigarrengeschäft), täglich. 2. Mittag, Koppenstraße 13/14 (Droguengeschäft), täglich. 3. Haspel, Admiralstraße 21. 4. Faust, Neue Hofstr. 48. 5. Ertel, Bergmannstraße 14. 6. Brent, Birkenstr. 49. 7. Quetsch, Eisenbahnstraße 20. 8. Fehmann, Straßburgerstr. 10. 9. Schneider, Blumenstr. 29 (Coffingengeschäft), täglich. 10. Kaufst, Schweinminderstr. 135 (Barbiergeschäft), täglich. 11. Nieferfeld, Dranienstr. 201 (Bureau der Gürtlerklasse), Vorm. 8—10, Nachm. 2—3 Uhr. 12. Lehmann, Dorfstraße 15. 13. Prüffel, Schwedterstr. 24. 14. Kreuter, Waldemarstr. 46, täglich. 15. Kirckle, Arndtstr. 25. 16. Schützenstr. 58 (Bureau der Drofchentenmacher, täglich. 17. Horn, Köpnickestr. 193. 18. Neimann, Bellermannstr. 15. 19. Weimann, Schönebergerstr. 3. 20. Chapeau, Neue Jacobstr. 11 (Restaurant), jeden Abend. 21. Mittag, Dranienstr. 170 (Droguengeschäft), täglich. 22. Haseloff, Stalitzerstr. 127. 23. Koopmann, Wollinerstr. 69. Sämmtliche vorgenannte Herren haben auch die Aufnahme von Mitgliedern zu vollziehen; außerdem werden Aufnahmen vollzogen und Beiträge entgegen genommen, bei sämtlichen Beitragsämtern resp. Zahlstellen der Central-Kranken- und Sterbe-Kasse der Tischler (Berlin A) sowie auf sämtlichen Zahlstellen der centralisirten Hilfskasse der Zimmerer. Wir machen die Mitglieder darauf aufmerksam, daß in dringenden Fällen das erste Mal die Vorzeigung des Quittungsbuches beim Arzt genügt, der hierfür erforderliche Bonus ist jedoch bei der zweiten Behandlung dem Arzt einzuhandigen. Der Vorsitzende des Vereins Herr Paul Hundt wohnt Admiralstr. 15, vom 1. April ab Briherstr. 46; der Cassierer Herr Carl Raß wohnt Dranienstr. 166. Der Vorsitzende des Ausschusses Herr Gustav Dietrich wohnt Hoffenerstr. 31. Etwaige Beschwerden richtet man an den Vorsitzenden. Der Vorstand J. K.: Paul Hundt.

Der Verein zur Wahrung der Interessen der Tischler hält heute, Sonntag den 6. August, Abends 8 1/2 Uhr im Lokal Michaelisstraße 39 eine Versammlung ab. Tagesordnung: 1. Vortrag des Herrn Koegel. 2. Aufnahme neuer Mitglieder. 3. Verschiedenes. Die Mitglieder werden eruchtet, pünktlich und zahlreich zu erscheinen. Gäste haben Zutritt.

Arbeitsverhältnisse in Nordamerika. In Newark, New Jersey, haben 37 Gerberfirmen in Folge von Ueberproduktion und Differenzen mit ihrem Arbeitspersonale die Arbeit eingestellt. Unternehmer dürfen das natürlich, ohne daß irgend ein Hahn in der bürgerlichen Presse darnach kräht. Es sind dadurch 2000 Arbeiter beschäftigungslos geworden. Im Mahoningthale, Pennsylvanien, sind 5000 Eisenarbeiter in Folge einer Differenz mit ihren Unternehmern ebenfalls beschäftigungslos geworden.

Anzeigen.

Möbel-, Spiegel- u. Polsterwaaren-Magazin
von
Julius Apelt, Sebastianstraße 27-28.
Reelle Waare. Prompte Bedienung.
Berliner Volks-Tribüne,
sowie sämtliche Zeitungen und Broschüren liefert pünktlichst die Zeitungs-
Expedition von
Oscar Linser, Gollnowstr. 35.
Neue-Welt-Kalender 1888 stets vorräthig.
Bei nur pünktlicher Lieferung der Berliner
Volks-Tribüne empfiehlt sich
Max Kirsch,
Zeitungs-Spediteur, Ritterstr. 107,
Ede Prinzenstr. 28.
Rohtabak-Lager!
Fremden und Bekannten empfehle mein Tabaklager und offerire:
Sumatra à M. 1.40, 1.60, 2.40, 2.50, 3.00, 3.10, 3.50, 3.60, 3.90 4.00,
4.20, 4.50, 5.00, 6.00.
Java von M. 0.85—1.25.
St. Felix Brasil von M. 0.90, 1.00, 1.05, 1.10, 1.15, 1.25, 1.50.
Domingo von M. 1.00—1.20.
Carmen von M. 1.10—1.20.
Savanna Sedleaf zu M. 1.05.
Pfälzer M. 0.60, **Märker** M. 0.65—0.75.
Elfasser Rebut M. 0.75.
H. Herholz, Brunnenstr. 145.

Große öffentliche Versammlung der
Drechsler
und verwandten Gewerkschaften Berlins am
Sonntag, d. 6. August, Abends 8 1/2 Uhr, in
Oratweil's Bierhallen, Beuthstraße 8. Tages-
ordnung: 1) Der Beschluß der öffentlichen Ver-
sammlung vom 28. Juli d. J. betreffend den
am 28.—30. August d. J. in Raumburg a. b.
Saale stattfindenden Congress der Drechsler und
verwandten Gewerkschaften Deutschlands.
2) Wahl der Berliner Delegirten. 3) Verschie-
denes. — Die Versammlung ist genehmigt, findet
also bestimmt statt. — Um recht zahlreiches Er-
scheinen der Collegen ersucht
Der Einberufer.
Cigarren und Tabake
von
G. Spletstößer,
Berlin N., Weinbergsweg 15 b.
Verkaufe von jetzt ab nur eignes Fabrikat.
Rein americ. Rippen p. Kilo 70 Pf.
Zeitungs-Spedition,
Mantuffelstr. 80.
Den geehrten Lesern der **Ber-
liner Volks-Tribüne** zur Nach-
richt, daß dieselbe von mir prompt
und pünktlich geliefert wird.
H. Schmidt,
Mantuffelstraße 80.

Fachverein der Tischler.
Sonntag, den 6. August, Abends 8 1/2 Uhr,
in Jordan's Salon, Neue Grünstr. 28: **Ordent-
liche Generalversammlung.** Tagesordnung:
1) Vierteljahrsbericht des Vorstandes und der
Commissionen. 2) Erwahlung der Commissionen.
3) Besprechung von Vereins-Angelegenheiten.
4) Fragekasten. — Das Quittungsbuch legitimirt.
Neue Mitglieder werden aufgenommen.
Der Vorstand.
**Fachverein d. Former u. verwandten
Berufsgenossen.**
Versammlung
am Sonntag, d. 7. August, Vorm. 10 Uhr in
Kaufmann's Local, Invalidenstr. 144. Tages-
ordnung: 1) Vortrag des Herrn Liefländer:
Die Bevölkerungfrage, Discussion. 2) Der
Arbeitsnachweis. 3) Anträge zur Sections-
cassirerei; Verschiedenes; Fragekasten. Um zahl-
reichen Besuch bittet.
Der Vorstand.
General-Versammlung
der
Central-Kranken- u. Sterbekasse
der Tischler und anderer gewerblicher
Arbeiter. Dertliche Verwaltungsstelle F.
Sonntag, d. 7. August cr., Vormittags 11 Uhr,
Fehrbellinerstraße 98 (Roloßburg). Tages-
ordnung: 1) Abrechnung vom II. Quartal 1887.
2) Verschiedenes.
Der Vorstand.
Zeitungs-Spedition,
Robert Sündermann,
Berlin S., Gitschinerstr. 61, 1,
empfiehlt sich zur pünktlichen Beforgung der
Berliner Volks-Tribüne, sowie zur Annahme
von Abonnements der von J. Bieder's Verlag
in München herausgegebenen Wochenchriften
und Broschüren, bei regelmäßiger Zustellung.

Ein Schritt vom Tode.

Von Max Kreyer.*

„Theodor, ihr solltet euch wieder vertragen.“
 „Niemand Christoph; zwischen ihm und mir liegt kein Steg mehr, auf dem wir uns begegnen könnten. Das Feuer, das durch einen kalten Strahl ausgelöscht ist, läßt sich in der nächsten Minute nicht gleich wieder schüren. Das weißt Du ebenso gut wie ich, auch wohl, daß ich kein schlechter Kerl bin, der einen Streit vom Zaune bricht und der von jeder Lumperei gleich so viel Aufhebens macht, daß es die Spaten von den Dächern pfeifen können; wo die Freundschaft durch Hinterlist ein Ende nimmt, da muß naturgemäß die Feindschaft an ihre Stelle treten, und wer gegen den, den er Herzensbruder genannt hat, nichtswürdige Mänke schmiedet, dessen Weg muß abseits führen von dem des andern. So habe ich's immer gehalten und so soll's auch sein.“

Das alles hatte der lange Theodor in sehr bestimmtem Tone gesagt, sodas derjenige, der ihn von einer andern Seite niemals kennen gelernt hatte, seine Worte höchst tragisch hätte auffassen müssen. Ganz abgesehen von dem nichts weniger als freundlichen Gesicht, das er nun machte, als er mit polterndem Geräusch seinen Löhlofen in Ordnung brachte, frische Holzkohlen von oben in das prasselnde Feuer warf, den eisernen Schieber klirrend niederfallen ließ und dann zur Feile griff, um den Kolben zu spizen.

Der alte Christoph Dörr verfolgte diese Beschäftigung mit sehr aufmerksamem Blicke, wie er überhaupt während der Unterhaltung, welche eine Viertelstunde währte, kein Auge von ihm gelassen hatte. Er war so zu sagen der Friedensstifter an diesem Orte, wozu ihn die sechszig Jahre, die er bereits mit Ehren auf seinem Budel trug und am meisten wohl die zwei Jahrzehnte, die ihn unausgesetzt in dieser Werkstatt thätig sahen, ganz besonders geschaffen hatten. Nun schien er aber wirklich an den Unrechten gekommen zu sein, denn der da vor ihm saß, zeigte sich hart wie Stahl; und doch hatte er mehr als einmal nachgegeben, wenn es sich darum handelte, die Freundschaft an der langen Fensterreihe wieder herzustellen. Aber jedes Ding wollte gute Weile haben, das mußte Christoph Dörr aus eigener Erfahrung wissen.

Der Arbeitsaal zeigte sich noch leer und war noch still vom hundertfachen Geräusch emsiger Thätigkeit. Der lange Theodor und Dörr brachten die Mittagsstunde in der Werkstatt zu, weil ihnen der Weg nach Hause ein zu weiter war. Außer ihnen saßen hinten in der Ecke ein paar Lehrlinge und Arbeitsburschen, welche soeben die letzten Krümel aus ihrem Stullenpapier zusammen suchten, theils aufmerksam die fettgetränkten Schriftzüge neugierig studierten, theils leise lichernd ihre Allotria trieben. Die unteren Scheiben der großen Fenster waren matt gestrichen; durch die oberen erblickte man die vom Regen nassen Dächer der übrigen Fabrikgebäude, den riesigen nach dem Parke zu gelegenen Steinpalaß des Besitzers, gekrönt von einem Thurme, auf dem in schwindelnder Höhe eine kunstvoll gearbeitete Wetterfahne thronte. Ein scharfer Herbstwind wehte durch das Geäst der Bäume, trieb die letzten Blätter von den Zweigen, jagte und pfiß über die Dächer dahin und wand sich ächzend die Schieferwände des Thurmdaches hinauf bis zur Wetterfahne empor, die er rasend in Bewegung setzte.

Der alte Christoph hatte dieses Spiel in der Luft aufmerksam beobachtet. Die Wetterfahne — richtig! Bei ihrem Betrachten fiel ihm die einstige Freundschaft der beiden jetzigen Feinde ein. Der lange Theodor und Martin Sundermann zusammen hatten die Fahne hergestellt. Der Chef hatte großen Werth auf ihre sorgfältige Ausführung gelegt; und da die beiden Kollegen als die geschicktesten Arbeiter im Saale bekannt waren, so wurde ihnen die Auffertigung übertragen. Die Zeichnung dazu war vom Ingenieur der Fabrik entworfen worden. Seit vier Wochen erst prangte der Schmuck zwischen Himmel und Erde. Eine ganze Woche hindurch hatten Theodor und Martin geschnitten, gelöthet und gefeilt, sich gegenseitig in die Hände gearbeitet, bis das Kunstwerk mit seinen durchbrochenen Buchstaben, Zahlen und Ornamenten vollendet war. Auf schwankendem Gerüste, nur unterstützt von einem Lehrlingen, hatten sie es dann auf der Spitze des Thurmes befestigt. Einigkeit und Friede herrschte noch zwischen ihnen, kein böses Wort hatte die Zwietracht gesät. Nun bewegte sich das drehbare Kreuz lustig nach der Richtung der Windrose, während seine Verfertiger seit drei Tagen sich gegenseitig mit Blicke maßen, die nichts mehr gemein hatten mit den freudestrahlenden Augen, mit denen sie das Gedeihen ihres Meisterstückes verfolgt hatten. Und wie lustig hatten sie dabei gepfeifen, wie kräftig ihr Lied beim Hämmern und Feilen gesungen!

Christoph Dörr vermochte nicht lange zu schweigen. Die Wetterfahne sollte ihm behilflich sein, das alte Gespräch wieder aufzunehmen.

„Ihr habt doch eure Sache gut gemacht, er und Du — ich meine von wegen da oben.“

„Mag schon sein“, bekam er brummend zur Antwort. „Jeder Kenner soll sich lobend über euch beide ausgesprochen haben“, sagte Christoph Dörr wieder.

„Kann schon sein“, gab diesmal der lange Theodor etwas knurrend zurück.

Der Werkführer freute sich sehr, daß das gerade hier in seinem Saale gemacht worden ist.

„Wird wohl sein.“

Damit stockte die Unterhaltung plötzlich. Der lange Theodor zeigte eine sehr wüthende Miene und begann auf dem Rundhaken mit dem Holzhammer ein Stück Blech zu bearbeiten, sodas der Schall ihm jedes gesprochene Wort unverständlich machen mußte.

Christoph Dörr aber war nicht der Mann, der sich durch einen derartigen ganz vorzeitigen Lärm einschüchtern ließ.

„Es ist doch jammerschade“, begann er auf's neue, als der Holzhammer wieder ruhig auf dem Tische lag, „daß ihr beide fürderhin eine derartige Compagniearbeit nicht mehr ausführen könnt, weil ihr —“

Nun wurde der lange Theodor ernstlich böse. Er drehte sich sehr heftig um und sagte kurz und bündig:

„Wenn Du mir einen Gefallen thun willst, so laß das.“

„Ich weiß, wo das wieder hinaus soll bei Dir, mit solchen Reden. Was ich gesagt habe, dabei bleib's: er und ich, wir können wohl unser ganzes Lebenlang noch hier neben einander sitzen, an demselben Tisch, weil's seit Jahren schon so war und nun einmal nicht zu ändern ist, aber was an mir liegt, das soll gethan werden, um die Sache nicht anders zu machen, wie sie nun einmal ist. Nun laß mich in Ruhe mit Deinen Anspielungen. Ein Jeder weiß wohl am besten, wie er's zu treiben hat.“

Wenn aber der lange Theodor gemeint hatte, dem Christoph Dörr damit den Mund zu stopfen, so hatte er sich geirrt, kannte er die dicke Haut des Friedensstifters noch nicht zur Genüge.

„Hört sich alles recht schön an, mein lieber Theodor, aber ich glaube es noch nicht, wüßte auch nicht, weshalb ich es sollte! Ihr werdet euch wieder vertragen und Freunde sein wie zuvor; ich weiß es.“

„Und ich sage zum aller letzten Mal, nie und nimmer! Ich schwöre —“

„Theodor, schwör' nicht, laß die Hand sinken, Du könntest nicht mehr gut machen, was Du dann verbrodnen hast. Kalt Blut und warm angezogen — das alte Sprichwort solltest Du mehr beherzigen. Wenn Martin Sundermann zu mir einfach sagt, so und nicht anders ist es, dann weiß ich, was ich davon zu halten habe. Er schwört nicht, aber er giebt sein Wort und das hält er. Damit basta. Er gäbe sein Leben d'rum, könnte er Dich überzeugen, daß die Sache nicht so liegt wie Du glaubst; niemals hat er das ausgesprochen über Deine Frau und Dich, was man Dir hinterbracht hat.“

„Also Du weißt die Geschichte? Desto besser, er, er ist ein —“

Das Schimpfwort, welches er aussprechen wollte, kam nicht über seine Lippen, die Thür hatte sich geöffnet und der, dem es galt, war eingetreten. Martin Sundermann hatte den Kopf in die Höhe geschlagen, denn der Herbstregen hatte ihn bis auf die Haut durchnäßt. Trotzdem zeigte er wie immer ein freundliches Gesicht, sagte sehr laut sein „Nahzeit“, welcher Gruß vom langen Theodor selbstverständlich nicht erwidert wurde, brachte die Blechstanne mit dem Nachmittagskaffee neben seinem Ofen unter, schüttelte sich ein paar Mal ganz gehörig und meinte schließlich zu Christoph, daß bei solchem Wetter der Hund im Backofen jedenfalls am besten aufgehoben sei. Dann setzte er sich ruhig an seine Arbeit, zwei Schritte entfernt von seinem neugegeschaffenen Todfeind. Die Werkstatt füllte sich allmählich; als es ein Uhr gepfeifen hatte, war das sinnbethörende Geräusch eines großen Fabrikalles wieder im vollen Gange. Der lange Theodor hielt sein Wort im vollen Maße. Nichts in seinem finstern Wesen verrieth, daß neben ihm ein Mensch saß, mit dem er den Bruderkuß ausgetauscht hatte.

Die ganze folgende Nacht hindurch hatte der Sturm gewüthet und nach Kräften seine Verheerungen auf den Dächern und in den Straßen Berlins angerichtet. Am andern Morgen in aller Frühe hatten die Arbeiter in der Fabrik die Köpfe zusammen zu stecken. Der Sturm hatte auch die Krone der schönen Wetterfahne hinunter in den Park geschleudert.

„Da giebt es neue Arbeit, vorausgesetzt, daß sich einer finden wird, der den Weg bei diesem Wetter nach oben hinauf wagt“, meinte Christoph Dörr so nebenher, indem er einen Seitenblick auf die beiden Feinde warf.

„Du wirst es jedenfalls nicht thun“, fiel ihm der lange Theodor, der sich getroffen fühlte, sofort ins Wort. Martin Sundermann sagte vorerst noch gar nichts, aber er dachte sich sein Theil. Wenn der neben ihm es wagen sollte, allein den Schaden zu kuriren, so hatte er sich jedenfalls geirrt. Das würde gerade so aussehen, als fürchte er, Martin Sundermann, sich, noch einmal dort hinaufzugehen, wo er bereits gestanden hatte.

Gleich nach der Frühstückszeit kam denn auch die Nachricht, man möge versuchen, wenn das Wetter es einigermaßen gestatte, die Krone auf der Windfahne wieder zu befestigen. Selbstverständlich galt das denjenigen, welche den obersten Schmuck des Hauses angefertigt und befestigt hatten.

Der lange Theodor rüstete sich sofort. Der Lehrlinge konnte diesmal nichts helfen; man mußte also allein mit Löhzeug und Kohlenbeden in der Hand durch die Luke auf das kleine Plateau des Daches steigen und versuchen, mittelst einer kleinen Leiter, welche man an die dicke Eisenstange setzte, das Kreuz zu erreichen. Mit dem Längen zugleich erhob sich Martin Sundermann.

„Ich gehe mit“, sagte er sehr bestimmt und band sich die Schürze ab.

Theodor antwortete nichts. Gegen diesen Willen war nichts zu machen. Es war ihm auch recht, wenn derjenige ebenfalls seine Haut zu Markte trüge, der an der Fahne mitgearbeitet hatte. Beide machten dann ihr Werkzeug zurecht und verließen, ohne sich anzusehen und ohne ein Wort zu sagen den Saal, schritten so über den Hof und stiegen die Treppen zum Dachfenster empor.

Als sie den Thurm erreicht hatten und den Kopf durch die Luke steckten, begann der Sturmwind sich wieder zu erheben und pfiß um Martin Sundermanns Haupt, daß seine leichte Werkstatmtütze durch die Luft flog und auf Nimmerwiedersehen über die Nachbarhäuser verschwand. Dann befauden sie sich auf dem nur wenige Quadratfuß breiten Plateau, klammerten sich an den Schaft der Eisenstange, banden das Kohlenbeden fest, und knieten nieder, um durch die Luke die Stricke emporzuziehen, an denen sie unten im Thurmstuhl Leiter und Krone der Wetterfahne befestigt hatten. Unter ihnen gähnte die schwindelnde Tiefe und über ihnen zogen in rasendem Lauf dunkle Wetterwolken dahin, welche das Licht des Himmels nahmen. Während sie den Blick nach unten richteten, bemerkten sie an den langen Fensterreihen der Fabrikgebäude die zahllosen Köpfe ihrer Kollegen, welche mit Spannung ihrem gefährlichen Treiben zusahen.

Die Leiter hatten sie glücklich emporgebracht; sie legten dieselbe an, um ihre Festigkeit zu prüfen. Unten hatten sie den glatten Schiefer als einzigen Halt, oben die kahle Rundung der eisernen Stange, die im Winde hin- und herchwante.

„Es geht nicht“, sagte Martin; „kein Mensch kann sie halten, denn der Sturm setzt sich in ihre Breite.“

Es waren die ersten Worte, die zwischen beiden gewechselt wurden.

„Nein, es geht nicht“, wiederholte der lange Theodor monoton.

„Wir müssen es also anders machen“, sagte Martin Sundermann wieder. „Ich bin der breitere von uns beiden, ich werde das Gerüst abheben. Ich blicke mich, Du nimmst die Strickenden zur Krone und zum Kohlenbeden, steigt auf meine Schultern, klammerst Dich fest ans Eisen, und ich richte mich an der Stange langsam empor. So wird's gehen — Du reichst dann bis zur Höhe.“

Ein blitzschneller prüfender Blick des langen Theodor traf den Sprecher. Was wollte er mit diesem Plan? War das nur ein ehrlicher Vorschlag oder böse Absicht? Sollte er wirklich noch falscher sein, als er bereits bewiesen hatte?

Ein entsetzliches Mißtrauen bemächtigte sich in diesen Sekunden seiner. Als er aber in das ruhige, groß zu ihm aufgeschlagene Auge des Genossen blickte, schämte er sich eines Verdachtes, den man nur einem Elenden entgegenbringen konnte.

„Es sei so, es wird das beste sein“, sagte er kurz. „Wenn Du es nur aushalten wirst“, fügte er mit derselben unveränderten Miene hinzu.

„Ich werde es, verlaß Dich darauf!“

Sie thaten also wie verabredet. Langsam, die ganze Wucht des schweren auf ihm ruhenden Körpers fühlend, richtete sich Martin Sundermann, die Hände fest um die Stange geklammert, in die Höhe; und sicher und tief die Füße in die Schultern der lebenden Stütze gegraben, that der lange Theodor dasselbe. Und um beide herum pfiß und heulte der Wind, der nun drohte, abermals zum Sturme anzuschwellen. Die schwarze Wolke über ihren Häuptern begann sich zu entladen und sandte die ersten großen und schweren Tropfen hernieder.

„Oben?“

„Jawohl!“

„Langst Du?“

„Jawohl! — Stehst Du unten fest und sicher?“

„Jawohl, ich halte aus. Geh's mit dem Emporziehen von Krone und Kohlenbeden?“

„Ganz gut, ich kann das Beden festhängen.“ Es soll nicht lange dauern.“

In dem unendlichen Raum, der sie umgab, in der bleiernnen Schwere der Luft mußten sie laut schreien, um sich verständlich zu machen. Ihre Gestalten nahmen sich spukhaft klein aus; sie schienen sich mit dem Dunkel der Regenwolken, die nun immer schwarzer und tiefer herangezogen kamen, zu vereinen. Dann flammte es hell aus dem Beden hervor. Der lange Theodor hatte mit dem Kolben das Feuer geschürt und begann seine Arbeit.

„Ich bin schon dabei, es dauert nicht lange, halte nur aus“, hallte es wieder nach unten.

Martin Sundermann konnte nichts erwidern. Ein fürchterlicher Schmerz, entsetzlicher als mit tausend Nadeln auf einmal ausgeführt, traf ihm Hände und Gesicht, daß es wie eine glühende Schlange durch alle Glieder seines Körpers ging. Und wieder, und abermals! Derselbe höllische Schmerz, dasselbe wahnsinnige Brennen! Die siedendheißen Zinntropfen, die beim Löthen von oben herabsielen, hatten ihn getroffen und verbrannt ihm das Fleisch.

* Wir hoffen, daß unsere Leser öfters Gelegenheit haben werden, Herrn Kreyer, dem eigentlichen Begründer des realistischen Berliner Romans, an dieser Stelle zu begegnen. Die hier veröffentlichte Skizze stammt aus der Sammlung „Im Kleinsten“. Andere kleine Erzählungen Kreyers führen die Titel: „Berliner Novellen und Sittenbilder“, „Gesammelte Berliner Skizzen“, „Im Sündenbabel“. Die größeren Romane Kreyers sind: „Sonderbare Schwärmer“, „Die Betrogenen“, „Die Verkommenen“, „Drei Weiber“. Im Erscheinen begriffen ist soeben „Meister Timpe“, ein großer sozialer Roman, in dem Kreyer den Untergang des Kleinhandwerks im Kampfe gegen das übermächtige Großkapital behandelt.

Aber er schrie nicht, kein Laut kam über seine Lippen. Die Zähne zusammengepreßt, daß sie knirschten, mit übermenschlicher Kraft die Finger um die Eisenstange gekrampt, hielt er Stand. Er zitterte am ganzen Körper, er hörte das Zischen des Finnes über sich, er fühlt aufs neue das tröpfelnde Feuer, aber er hielt Stand. Wenn er die geringste Bewegung machte, nur eine Hand losließ, oder einen Fuß versetzte, so stürzte eine athmende Last in die Tiefe und blieb zerschmettert liegen. So hielt er volle zehn Minuten aus, ohne zu wanken und zu schreien.

„Fertig! Ich komme herunter. Laß Dich langsam nieder!“

So kam sein Kollege ungefährdet hernieder, so ging er diesem voran, so langten sie Beide wieder im Innern des Thurmes an. Hier konnte sich Martin Gundermann nicht mehr halten, er brach ohnmächtig vor Schmerz zusammen.

„So hör doch, Martin“, rief der lange Theodor, — „um Himmelswillen, Herzensbruder, schlag doch einmal die Augen auf. Tausend Eide will ich für Dich schwören, daß Du ein braver Kerl bist und ich ein Hallunke.“

Und Martin schlug wirklich die Augen auf, erhob sich, gestützt von seinem wiedergebundenen Freunde und lächelte ihn unter Schmerzen trauernd an.

„Es ist nichts, es wird vorübergehen. Es war nur die Taufe unserer neuen Freundschaft.“

Der lange Theodor sagte nichts mehr, denn es kam ihm etwas in die Kehle, das wie ein verstecktes Schluchzen nach oben drang, dessen unmännlichen Ausbruchs er sich aber geschämt hätte.

„Ich werde Dich lieb haben, solange ich Deinen Namen nennen kann“, sagte er endlich einfach, aber mit eigenthümlich glücksender Stimme, während sie die Treppe hinunterstiegen.

Die Wunden Martins sind längst vernarbt, aber der lange Theodor hat sein Wort gehalten. Vergnügt die Hände gerieben hat sich Christoph Dörr.

Das Kolonnensystem bei größeren Erdarbeiten auf Bauten.*)

Wo große Bauten mit vielen Erdarbeiten auszuführen sind und dazu Tausende von Arbeitern verwendet werden müssen, verlangt es nicht bloß die Rücksicht auf die Ordnung auf der Baustelle und auf die Lenkung und zweckmäßige Verwendung der Menschenmenge, sondern auch das Bedürfnis, für Wohnung und Beköstigung zu sorgen, daß in die Masse eine feste Organisation gebracht wird. Es werden daher die Arbeiter in bestimmte handliche Abtheilungen eingetheilt, die man einen „Schacht“ oder an den Gestaden der Nordsee auch einen „Flug“ (plattdeutsch „Plog“) nennt. Jede solche Abtheilung hat an ihrer Spitze einen Vorarbeiter, auch „Schachtmeister“ oder „Plogbaas“ genannt, der entweder von der Bauleitung ernannt, oder sehr häufig von den Arbeitern selbst gewählt wird.

In der Zusammenfassung dieser Arbeiterabtheilungen wird und muß dem freien Willen der Arbeiter der weiteste Spielraum gelassen werden, denn kein Zwang ist im Stande, eine aus widerstrebenden Elementen zusammengesetzte Abtheilung zusammen zu halten. Es fügen sich die Abtheilungen also nach Landsmannschaften und nach persönlicher Zuneigung zusammen. Es giebt dort, wo jahraus, jahrein gleichartige Arbeiten ausgeführt werden, Arbeiterabtheilungen, die gleichsam eine große Familie bilden, sich nie trennen und nur nach Bedürfnis und nach strenger Auswahl ein neues Glied aufnehmen. Solche feste Abtheilungen sind z. B. die an den holländischen und friesischen Deichen beschäftigten Erdarbeiter, meist holländischer Nationalität, die „Polderjongens“, wie sie sich nennen. Es sind das sehr gefuchte leistungsfähige Erdarbeiter mit ganz eigenen Arbeitsgebräuchen. Meistens ausgesucht kräftige Personen, die auf guten Verdienst sehen und da sie fest zusammenhalten auch ihre Rechte wohl zu wahren wissen. Sie arbeiten nicht in zu großen Abtheilungen, die selten über 25 Mann stark sind und halten unter sich musterhafte Ordnung. Der „Plogbaas“ besitzt großes Ansehen, und Lohnstreitigkeiten in der Arbeiterabtheilung kommen nur sehr selten vor.

Entsteht ein Zwiespalt mit der Bauleitung, so wird die Arbeit einmüthig niedergelegt, ein „Lalwei“ gemacht, und wenn den Arbeitern ihr Recht nicht bald wird, so bricht eines Morgens die ganze Arbeiterschaft auf und verläßt die Baustelle wie ein Mann. Es ist dann sehr schwer, nach einer solchen verrufenen Baustelle wieder „Polderjongens“ hin zu bekommen. Eine kluge Bauleitung wird also mit diesen Arbeitern jeden Streit vermeiden und so dient ihnen ihre feste und geschlossene Organisation als ein wirksamer Schutz ihrer Ansprüche. Die meisten anderen Arbeiterabtheilungen, die sich auf großen Baustellen zusammensuchen, haben nicht solch einen festen Zusammenhang.

Zuweilen werden zwar von einem Agenten oder auch von einer Person, die sich schon als „Schachtmeister“ versucht und bewährt hat, Arbeiterabtheilungen in der Heimath der Arbeiter gebildet und im Zusammenhang nach der Baustelle gebracht, wo sie dann auch während

der Bauzeit eines Jahres wohl zusammen bleiben und zusammen arbeiten, aber diesen festen Zusammenhang wie die holländischen Deicharbeiter haben sie nicht, sie haben sich nicht zusammen gelebt und bilden nicht gleichsam eine Familie wie jene. Es fehlt Zusammenhang in der Genossenschaft, die doch immer zum großen Theil dem Zufall ihre Zusammenfassung verdankt. Dies führt dann zu vielen Streitigkeiten. Der „Schachtmeister“ besitzt nicht das Vertrauen, sondern wird, leider nur zu oft mit Recht, beargwöhnt, schwächere Arbeiter werden nicht ohne großen Streit als bei der Arbeit hinderlich ausgeschlossen. Man kennt die Arbeiten, die man übernimmt, meistens nicht gründlich genug, um die angebotenen und eingegangenen Akkorde beurtheilen zu können, sieht sich also sehr häufig in den Erwartungen getäuscht und berechnete Ansprüche nicht befriedigt, auch zeigt sich wohl, daß ganze auf der Baustelle angekommene Abtheilungen für die vorhandene Arbeit durchaus ungeeignet sind. Wir haben mit Bedauern öfters gesehen, daß sächsische Weber, durch die Vorpiegelung eines in ihren Augen hohen Lohnes, der von sehr kräftigen und an die Arbeit lebenslang gewöhnten Arbeitern auch wirklich erreicht wird, sich verleiteten ließen, weite Reisen nach großen Wasserbauten im deutschen Norden zu machen, um dann bitter enttäuscht, weil sie einsahen, daß sie ohne umzukommen ihrem schwachen Körper die Anstrengung der Arbeit dort nicht zumuthen konnten, sich wieder nach der Heimath durch zu betteln.

Noch viel weniger Zusammenhang zeigen die Arbeiterabtheilungen, die ganz durch den Zufall gebildet werden. Einzelne oder in kleinen Trupps finden sich die Arbeiter aus den verschiedensten Gegenden und von der verschiedensten Leistungsfähigkeit auf der Baustelle ein, und werden hier entweder von der Bauleitung zu Abtheilungen angeammelt, oder sie werden an gewisse Personen gewiesen, die als „Schachtmeister“ anerkannt sind, und die sie einstellen, wenn die betreffende Abtheilung noch Arbeiter aufnehmen kann.

In diesen durch Zufall gebildeten Abtheilungen kennt man sich nicht und traut sich nicht. Streit und Mißtrauen sind an der Tagesordnung. Die Schachtmeister und Vorarbeiter suchen selbstredend in erster Linie ihren eigenen Vortheil. Wenn die Bauleitung nicht eine sehr schneidige Aufsicht dahin führt, daß den Arbeitern der verdiente Lohn auch wirklich ausgezahlt wird, so geschähen die größten Unregelmäßigkeiten, bis sich das Unwetter entladet, der Schachtmeister einmal gründlich abgestraft wird, und die ganze Abtheilung sich auflöst und in alle Winde verstreut. Der Arbeiterzustand sorgt in der Regel dafür, daß schon nach sehr kurzer Zeit die so entstandene Lücke wieder ausgefüllt ist, und sich das alte Spiel von vorne wieder abspielt.

Bei großen Bauten vergeht wohl kaum ein Tag, an welchem nicht eine oder die andere Abtheilung sich verumreinigt und mit bösen Ausfällen sich auflöst. Nur eine sehr tüchtige, für das Wohl der Arbeiter besorgte und persönlich energische Bauleitung kann solche Vorkommnisse seltener machen.

Es ist ganz selbstverständlich, daß solche zusammengewürfelte Arbeiterabtheilungen zu gemeinsamem Widerstand gegen eine Beeinträchtigung ihrer Rechte gänzlich unfähig sind. Es kommt auf großen Baustellen zwar zuweilen vor, daß durch zu schwere wirkliche oder vermeintliche Ungerechtigkeiten ein großer Theil der Arbeiter gleichzeitig die Arbeit einstellt, aber ganz selten oder nie wird dadurch irgend etwas erreicht. Diese Arbeitseinstellungen enden meistens, nachdem ein kleiner Theil der Arbeiter die Baustelle verlassen und durch neuen Zugang bald ersetzt ist, der größere Theil dann zur Arbeit zu den alten Bedingungen zurückgekehrt ist, ohne irgend etwas geändert oder gebessert zu haben.

Die einzelnen Arbeiterabtheilungen, in welcher Weise sie auch gebildet sein mögen, bilden auf großen Bauten eine Lohn- und Wirtschaftsgenossenschaft. Da es von vornherein meistens unmöglich ist, die herbeiströmenden Arbeiter in schon früher vorhandenen Wohnungen aufzunehmen, außerdem der Bauerdünkel jede Verührung mit dem „hergelassenen Volk“ gerne meidet, in welchem der „biedere“ Milch- und Butterfälscher, der Verkäufer von abgestandenem Vieh, der Raas- und Gewichtverkleinerer, der brave Landmann, nur Diebe, Mörder und Gauner erblickt, so muß durch Errichtung eigener Wohngelegenheiten für die Unterkunft der ankommenden Arbeiter gesorgt werden. Gewöhnlich geschieht dies in der allerursprünglichsten Weise. Es werden Stangen wie die Sparren eines Hauses in die Erde gesteckt, mit Latten benagelt und mit Stroh bedeckt. Die Giebelenden erhalten ebenso einen Verschluss und bei kleineren Hütten der eine Giebel, bei größeren beide eine einfache Thür. Längs der Mitte wird auf eingestöckten Pfählen ein aus zwei neben einander gelegten rohen Brettern gebildeter Tisch hergestellt, der beiderseits ebensolche Bänke erhält. Zu beiden Seiten werden durch hochkantig gestellte und durch Pfähle befestigte Bretter die Lagerstellen der Länge nach von dem Mittelraum abgetrennt. Die Lagerstellen erhalten nur selten eine Dielung, das Lagerstroh wird meistens unmittelbar auf den Boden gelegt.

Es ist Sitte, daß die Abtheilungen je ein solches Gebäude für sich selbst errichten, und ihnen dazu das Material von der Bauverwaltung geliefert wird.

Die oben genannten holländischen Arbeiter verwenden auf den Bau ihrer nach demselben Plane errichteten Lagerstuppen etwas mehr Sorgfalt und machen sie im Verhältniß zur Kopfzahl der darin wohnenden Personen geräumiger, trennen auch wohl einen Raum für verheiratete Arbeiter ab. Sie führen fast immer eine Familie mit sich.

Die Frau besorgt dann die Reinlichkeit in der Hütte, auch die Küche und die Wäsche für die Abtheilung.

Diese holländischen Hütten sind immer verhältnißmäßig sauber gehalten, während in den Hütten der anderen Arbeiter es damit wenigstens sehr mäßig auszieht und besonders beim geringsten Ungeziefer oft in kaum glaublichen Mengen vorhanden ist.

Nur wenn ein Bau an einer und derselben Stelle für längere Zeit eine größere Anzahl Arbeiter beschäftigt, werden festere Arbeitsquartiere angelegt. Meist hölzerne Baracken nach einfachen Systemen. Aber auch in diesen sind Flöhe und anderes Ungeziefer bald eingeschleppt und vermehren sich gräulich.

Wenn für gut gelüftete Lage solcher Hütten und Baracken gesorgt ist, sie auch nicht aus Sparlichkeit zu stark belegt werden, kann man sie für Arbeiter, die sich tagsüber im Freien bewegen, nicht gerade als ungesund bezeichnen. Einen angenehmen Aufenthalt bilden sie aber nie, und ein besser gewohnter Handwerker, der durch die Noth getrieben, als Erdarbeiter Beschäftigung annehmen muß, wird sicher nie ohne Grauen seinen Fuß hineinschleppen.

Es wäre sehr zu wünschen, daß man den Fortschritten der Kultur auch hierbei Rechnung tragen möchte, und für diese Erdarbeiter mindestens gesonderte Lagerstätten in den Hütten und Strohsäcke statt der losen Streu vorsehen möchte.

Freilich denjenigen Arbeitern, welche aus einem Theil der östlichen Provinzen Deutschlands heranziehen, scheinen diese Wohnungen noch übermäßig gut. Sie bauen sich aus Rasenstücken und Brettschindeln Höhlen, in welchen man nicht aufrecht sitzen kann, schleppen einziges Stroh hinein und verbringen da ihre Nachtruhe in Zufriedenheit, wenn ihnen andere Räume nicht geboten werden.

Für die Verpflegung größerer Arbeitermassen werden entweder größere Kochanstalten angelegt, die das Essen unter Aufsicht der Bauleitung herstellen und zu festgesetztem Preise den Arbeitern verkaufen, oder es wirtschaftet jede Abtheilung für sich. Sie wählt sich alsdann einen Koch, der zugleich die Reinigung der Hütten besorgt. Man kauft unter Kontrolle gewählter Vertrauensmänner im Großen ein und zieht den Betrag für die Menage am Lohnstage vom gemeinsamen Verdienst vorweg ab, so daß nur der Rest zur Vertheilung kommt. Obgleich die erstere Art, die Speisebereitung im Großen, ganz unwiderlegliche Vortheile hat, ist die Wirtschaft in der Abtheilung bei den Arbeitern doch beliebter.

Erfürlich ist der Verdacht den Arbeitern nicht zu nehmen, daß der von ihnen nicht zu kontrollirende Speisewirth sich unerlaubte Vortheile verschafft, sie betrügt. Oft genug ist dieser Verdacht nur zu begründet.

Dann ist zweitens die Kost in der Abtheilungsküche den gerne gegessenen Nationalgerichten der verschiedenen Landsmannschaften besser anzupassen, und drittens sehen die Arbeiter da ganz genau, was die Sache wirklich kostet. Die Selbstverwaltung auch auf diesem Gebiete läßt sie über keine Vortheile, die die Massenverpflegung bietet, hinweg sehn.

Die Küchengemeinschaft in der Abtheilung ist übrigens überall da nicht zu vermeiden, wo die Arbeiten, wie die Eisenbahnen und Kanäle es bedingen, über weite Strecken zerstreut sind.

Es bliebe die Aufgabe einer umsichtigen und für die Arbeiter besorgten Bauleitung, zu erwägen ob es möglich und nützlich wäre, die Kochgelegenheiten, die man den Arbeitern wenigstens in sehr vereinfachter Form zur Verfügung stellt, den neueren Erfindungen auf diesem Gebiet entsprechend zweckmäßiger herzustellen, um die Abtheilungsküchen etwas leistungsfähiger zu machen.

Brod und Geringe spielen in der Ernährung des Erdarbeiters übrigens neben der Küche eine Hauptrolle, ja manchmal sieht man Arbeiterstämme sich allein mit diesen Nahrungsmitteln lange Zeit hindurch begnügen. Nicht immer ist es gerade der schlechte Lohn, oft auch Bequemlichkeit und falsche Sparlichkeit, die sie dazu antreiben.

Für die gelernten Handwerker, Maurer, Zimmerer u. s. w., die bei solchen größeren Bauten Verwendung finden, aber nie in so großer Zahl vereinigen wie die Erdarbeiter, ist meistens besser gesorgt. Sie machen mit Recht größere Ansprüche und finden dann in Gehöften und Wirtschaften auch meistens Aufnahme und Verpflegung. Doch bringt die Beschäftigung auf abgelegenen Baustellen auch für sie manches Unangenehme, das sie sich durch bessere Bezahlung mühen ausgleichen lassen.

Das Loos des Erdarbeiters auf solchen Bauten ist nicht zu beneiden, selbst dann nicht, wenn eine arbeiterfreundliche, humane und entschiedene Bauleitung für ihn sorgt. Noch schlimmer, bis zur Unerträglichkeit wird es aber, wenn ein profitlicherer Unternehmer, der in der Submission nach Möglichkeit heruntergeboten hat, sich der Pflichten gegen die Arbeiter zu entziehen und sie nach Kräften zu übertreiben sucht, wie es leider oft genug der Fall ist. Da werden dann die Lagerräume wahrhaft gräulich, es fehlt an Trinkwasser, man setzt Wirtschaften ein, die die Arbeiter ausplündern und dafür Pacht zahlen.

Ein verstecktes Trübsystem und offener Betrug bei den Zahlungen treiben bei solchen Unternehmern die geprellten Arbeiter oft zur Verzweiflung und die Folgen sind dann bedauerliche Ausschreitungen, wie sie von manchen größeren Bauten leider häufig genug berichtet worden.

Eine einsichtige, mit den nöthigen Vollmachten ausgerüstete Bauleitung kann da oft sehr segensreich wirken, wenn die nöthige Energie und guter Wille vorhanden ist.

*) Dieser Artikel, der uns von einem der besten Kenner der deutschen Arbeiterverhältnisse zugeht, erscheint gerade jetzt besonders zeitgemäß, weil die in Aussicht stehenden Bauten am Nord-Ostsee-Kanal in Arbeiterkreisen viel Interesse erregen. Möge jeder wissen, was ihn an einer solchen Arbeitsstelle erwartet. Wer nicht von Haus aus an Erdarbeit gewöhnt ist, und noch irgendwo andere Arbeit findet, der bleibt besser von solchen Unternehmungen fern. Es ist da nicht schön!

Die Bezahlung der städtischen Arbeiter.

Keine Ansicht ist wohl richtiger als die, daß die Höhe des Lohnes, welchen der einzelne seinen Arbeitern giebt, am besten im Stande ist, seine Fürsorge für dieselben zu kennzeichnen. In unser heutiger Zeit, wo es Mode geworden ist, sich mit seiner Aufopferung für den „armen Mann“ zu brüsten, ist es eine doppelte Pflicht, bei den lautesten Schreibern wenigstens die Probe auf das Exempel zu machen.

Nicht nur wenn es zur Wahl geht, nein bei jeder passenden und unpassenden Gelegenheit finden es unsere „Väter der Stadt“ geschmackvoll, sich gegenseitig anzujubeln über das, was sie für das Wohl der Arbeiter, „ihrer“ Arbeiter gethan haben. Ja, noch in allerjüngster Zeit erwiderte ein Stadtverordneter einem Vertreter der Sozialdemokratie im rothen Hause: „Wenn es „unsere“ Arbeiter nicht so gut bei uns hätten, würden nicht so viel Gefuche um Beschäftigung bei uns einlaufen.“ In der That eine vernichtende Beweisführung! Das heißt, sie vernichtet den letzten Rest der Erwartung, daß eine Verbesserung der Lage der städtischen Arbeiter in baldiger Aussicht stände. Mit Leuten, die in solchen Vorstellungen befangen sind, läßt sich nicht das geringste erreichen.

Ist denn nun aber ein berechtigter Grund vorhanden, über die schlechte Bezahlung der städtischen Arbeiter zu klagen? Der aufmerksame Leser möge selbst die Antwort aus nachfolgenden Ausführungen gewinnen.

Es darf bei den Betrachtungen über den Stand der Bezahlung der städtischen Arbeiter in keiner Weise der durch nichts gerechtfertigte Unterschied zwischen „Arbeitern“ und „Beamten“ aufrecht erhalten werden und es ist nicht einzusehen, warum unsere Herren Stadträthe etwa durch die Einreihung in die Kategorie der „städtischen Arbeiter“ sich verletzt fühlen sollten. Sind sie es doch gerade, vorzüglicher Weise natürlich nur da, wo es für ihre Gesellschaftsklasse „unanständig“ ist, die sich fortwährend mit dem Grundsatz brüsten: „Arbeit schändet nicht“. In einer Gemeinschaft, hier in der städtischen, ist jeder verpflichtet, seinen Kräften und Kenntnissen entsprechend seine Obliegenheit zu besorgen. Ob Straßenreiniger, ob Stadtrath, keinem ist es gegeben mehr zu thun, als seine Pflicht zu erfüllen.

Wie immer steht auch hier den Pflichten entsprechende Rechte gegenüber und derjenige, der schon die Kräfte seiner Jugend dem Gemeinbedienste widmete, hat ein gut gegründetes Anrecht darauf, daß im Laufe der Zeit die theils durch Vermehrung seiner Familie, theils durch Vertheuerung aller Lebensbedürfnisse, wie die durch die größere Pflege seiner Kräfte und durch andere Ursachen entstehenden Mehrausgaben, gedeckt werden durch die Erhöhung des Lohnes durch die Gemeindevertretung. Mit zunehmendem Alter gebraucht der Körper eine größere Pflege, namentlich bei Arbeitern, die, schutzlos den Unbilden des Wetters bei Tag und Nacht preisgegeben, noch nebenbei eine sehr lange Arbeitszeit haben, eine Pflege, die nicht unerhebliche Mehrausgaben mit sich bringt.

Dieser Grundsatz hat auch von Seiten der Gemeindebehörden seine Anerkennung gefunden. Aber wie? Wenn man jemals daran gezwifelt hat, daß eine, einmal im Besitz der Macht befindliche Klasse nur für sich, für sich nur ganz allein sorgt, nun für diejenigen, die hören und sehn wollen, wird jeder weitere Zweifel geschwunden sein. Für die höchsten „Arbeitsstellen“ in der Gemeinde, die zum mindesten die wenigsten körperlichen Anstrengungen erfordern, sehr auskömmliche Gehälter, unter Anerkennung der Pflicht der Gemeinde, von Zeit zu Zeit (nach dem Normalbefolgungsetat alle 3 Jahre) eine Erhöhung des Lohnes eintreten zu lassen; für die wichtigsten, schwierigsten, anstrengendsten und unangenehmsten Arbeiten ein Lohn, der sich nun schon seit Decennien auf derselben Höhe oder richtiger ausgedrückt auf demselben niedrigen Niveau erhält. Für diejenigen ihrer „Arbeiter“, die aus der bestehenden Klasse hervorgegangen, sorgt die Gemeinde in der auskömmlichsten Weise durch Gehaltserhöhungen, Pension und Urlaub. Für den Sohn des Proletariats nichts von alledem; die freie Zeit, die er beansprucht zur Erholung, ist, wenn überhaupt gewährt, mit dem Verlust seines Einkommens während dieser Zeit verknüpft.

Gleich hier soll einem Einwande begegnet werden, der jene empörende Ungleichheit einigermaßen entschuldigen soll. Die Verteidiger des heutigen Systems verfehlen nie, darauf hinzuweisen, daß diejenigen, welche später alle Annehmlichkeiten als „höhere qualifizierte Arbeiter“ genießen, ohne Ausnahme eine „wissenschaftliche“ Ausbildung sich angeeignet haben und aneignen mußten. Jene Ausbildung aber habe ein bedeutendes Kapital erfordert, so daß, wenn man die Sache rein materiell betrachtet, die höheren Befolgungen und alle anderen Annehmlichkeiten nichts mehr als die Zinsen-Rückzahlungen wären, die jene Kapitalanlage mit sich brächte. Es soll hier über den Werth der heute üblichen „wissenschaftlichen“ Ausbildung nicht gestritten werden. Aber ist es denn wahr, daß diese Ausbildung nur allein und ausschließlich durch persönliche Ausgabungen erreicht wird? Mit nichten. Diese Behauptung ist eine jener Annahmen, die besser gestellten Klassen immer eigen waren. Der Behauptung, daß das „wissenschaftliche Ausbilden“ große persönliche Geldopfer erfordert, sei die Thatsache gegenübergestellt, daß jeder Schüler einer höheren städtischen Lehranstalt dem Stadtsäckel jährlich 85—90 Mk. kostet. Es sei ferner daran erinnert, daß die Unterhaltung der Universitäten und ihrer Lehrkräfte kolossale Staatszuschüsse erfordert — Zuschüsse, die bei der Gemeinde sowohl wie beim Staat gemeinsam durch die Steuern aufgebracht werden und die jedem, der, mit einer sogenannten „akademischen“ Bildung ausgerüstet, hinaus ins Leben tritt, die Verpflichtung auferlegen sollten ohne weiteren

Anspruch auf besondere Vorrechte, der Gesellschaft wieder durch seine Thätigkeit zurückzugeben, was er durch Hilfe der Gesellschaft sich angeeignet und gewonnen hat.

Wie hat nun die als „fortschrittlich“ gerühmte Stadtvertretung solcher Ansicht entsprochen?

Es wurden an Stadträthe gezahlt:

	Im Jahre 1876:	Statjahr 1887/88:
Oberbürgermeister Dobrecht	Mk. 30 000	Mk. 30 000*)
Bürgermeister Dunder	15 000	18 000
Stadtrath Schreiner	9 000	10 000
Nöldchen	7 800	10 000
Jelle	7 800	10 000
Dr. Weber	6 300	8 400
Baurath Blankenstein	12 000	15 000**)
Stadtrath Voigt	6 000	7 800
Ebertz	6 000	8 400
Friedel	6 000	7 800
Reubrink	6 000	7 200
Schulrath Bertram	9 000	12 000
Jurtsenau***)	9 000	10 000
Baurath Rospatt†)	9 900	18 000
	Mk. 139 800	Mk. 172 600

Es hat mithin bei einer Anzahl (14) städtischer „Arbeiter“ in einem Zeitraum von 12 Jahren eine „Lohn“-erhöhung von 32 800 Mark oder pro Kopf rund 2343 Mk. stattgefunden.

Noch in aller Kürze ein weiteres Beispiel. †) Schlagen wir den Gasetat auf, da finden wir:

	Jahr 1876:	Statjahr 1887/88:
Dirigent der Privatbeleuchtung aus der Anstalt am Stralauer Platz	Mk. 7 800	Mk. 8 400
Für die 3 anderen Dirigenten	6 000	6 900

Auch hier sind die „Lohnerhöhungen“ augenscheinlich und bedeutend. Nachdem dies konstatiert ist, bleibt uns nur noch übrig die Löhne anderer und wirklicher städtischer Arbeiter zu betrachten. Es waren bei der Straßenreinigung beschäftigt:

	Im Jahre 1877:	Statjahr 1887/88:
640 Arbeiter mit einem täglichen††) Lohn v. Mk. 3.—	422 Arbeiter	4 Tag Mk. 3.—
	70	2,50
	55 Arbeitsburschen	1,50
	20 ältere Arbeiter	2,—

Den bei der Straßenreinigung beschäftigten Arbeitern ist also nicht bloß keine Lohnerhöhung während dieses Zeitraums geworden, sondern es ist hier ein erheblicher Lohnrückgang zu verzeichnen. Ganz abgesehen von der Beschäftigung jugendlicher und (wie der Bericht des Magistrats sich euphemistisch ausdrückt) „älterer“ Arbeiter, auf die wir in einem weiteren Artikel zu sprechen kommen werden, ist es lehrreich zu sehen, wie die so sehr volkshemliche Stadtverwaltung den Lohn-Unterschied zwischen den schon älteren und längere Zeit bei der Gemeinde beschäftigten und den jüngeren Arbeitern konstruirt.

Bei den „Arbeitsstellen“, die ihres Gehaltes und ihrer sonstigen Annehmlichkeiten halber von den Söhnen der besitzenden Klasse in Anspruch genommen werden, von Zeit zu Zeit beträchtliche Lohnerhöhungen, bei den andern Arbeitern seit 12 Jahren keinen Pfennig Lohnerhöhung, und da ein Unterschied zwischen den schon längere Zeit und den erst seit Kurzem bei der Gemeinde beschäftigten Arbeiter eintreten soll, verfällt man auf den sinnreichen Ausweg, der mit überzeugender Deutlichkeit für das gute Herz unsrer „Stadtväter“ spricht: den frisch eintretenden Kräften den Lohn beträchtlich zu kürzen. Der Unterschied ist glücklich da. Probatum est! Wer wagt es jetzt noch zu zweifeln, daß jene Klasse, deren Vertreter im Stadtparlament fast unumschränkt herrschen, nicht den Willen hat, an der Verbesserung des Looses der arbeitenden Bevölkerung mit zu wirken?

Sehen wir weiter: die Laternenanzünder erhalten heute genau noch so ihre 57 Mk., wie sie im Etat 1876 für dieselben vorgesehen sind. In der Garten- und Parkverwaltung ist es ganz ebenso! Nimmt man davon Kenntniß, dann muß man sich erstaunt fragen: ja, war denn der Lohn so reichlich bemessen, daß er während eines Jahrzehnts keiner Verbesserung bedürfte? 3 Mk. täglich haben wir als den höchsten Lohnsatz gefunden, und das kann unmöglich von irgend Jemand als die unübersteigbare Grenze eines Maximallohnes betrachtet werden. Oder aber sind unsere Zustände so angenehme geworden, daß heute mit 3 Mk. mehr zu erreichen sei, als vor 12 Jahren?

Werfen wir zuerst einen Blick auf unsere Wohnungsverhältnisse. Der Durchschnittspreis der Wohnungen ist rapid gestiegen. Er betrug im Jahre 1884 604,6 Mk., 1883 598 Mk., 1882 598 Mk., 1881 597 Mk., 1880 597 Mk. Nun könnte man einwenden, die Mietpreise sind nicht gestiegen, es sind nur im Verhältnis mehr größere, mithin theurere Wohnungen entstanden, die auf den Durchschnittspreis der Wohnungen so ungünstig einwirkten. Allein dem widerspricht alles. Zuerst die Thatsache, daß die billigen Wohnungen, diejenigen bis zu 150 Mk. Miete vom Jahre 1883—1884 sich um 2774 Wohnungen oder um 5,5 Prozent verringert haben, nachdem bereits im Jahre 1882—1883 eine Abnahme von 628 oder 1,2 Prozent zu verzeichnen war. Unmöglich sind in 2 Jahren über 3000 solcher Wohnungen überhaupt

*) Oberbürgermeister v. Jordanbeck wurde mit einem Gehalt von 24 000 Mk. angestellt, er erhielt jedoch schon nach einigen Jahren den namhaften Zuschuß von 6000 Mk.
**) incl. nicht pensionsfähiger persönlicher Zulage von 3000 Mk.
***) damals noch vacant.
†) Jetzt Dobrecht zu den 18 000 sind 6000 nicht pensionsfähige persönliche Zulage wie 3000 Mk. Fahrlohnzuschuß zu rechnen.
††) Der Raum gestattet uns leider nicht, noch andere Beispiele anzuführen, die beweisen, daß bei jenen Stellen die für die Söhne der „oberen 10 000“ reservirt werden, systematische „Lohnerhöhungen“ stattfinden.
†††) das Jahr zu 360 Arbeitstagen gerechnet, 1080 Mk., diese Summe enthält der Bericht, der tägliche Lohn ist nicht angegeben.

verschwunden, nein, die Miete ist nur gesteigert worden, sie mußten daher in andere Klassen übertragen werden. Diese Annahme wird noch dadurch bekräftigt, daß im Jahre 1884 in den 4 Quartalen 8462 Wohnungen in der Miete erhöht wurden, wohingegen im Jahre 1883 im gleichen Zeitraum nur 4775 Mietserhöhungen stattfanden. Eine Mietsermäßigung fand im Jahre 1884 bei 1799 Wohnungen statt, während das Jahr 1883 2202 solcher Fälle aufzuweisen hat. Die Mietserhöhungen sind hierdurch unzweifelhaft erwiesen.

Aber die Wohnungen sind nicht allein im Preis gestiegen, jeder andere Bedarf hat gleichfalls eine Preissteigerung erfahren. Die Preise für Artikel des Kleinhandels waren (nach den Zusammenstellungen des Königl. Stat. Bureau)

Preis für 1 Kilogramm bez. Schock in zehn Pfennigen (Groschen).

	Rindfleisch		Kalbfleisch		Schmalz		Eier		Schweinefleisch	
	höher	niedriger	höher	niedriger	höher	niedriger	höher	niedriger	höher	niedriger
1884	14,4	10,0	15,0	9,4	14,0	10	37,3	25,3	18,0	
1876	14,2	9,4	15,1	8,4	13,0	9,3	36,4	27,1	16,0	

Wenn es noch nöthig gewesen wäre, einen Beleg dafür zu erbringen, daß überall ein Steigen der Lebensmittelpreise seit 1876 stattgefunden hat, obige Zahlen lassen keinen Zweifel mehr übrig. Erwägt man ferner, daß seit dem Jahre 1876 eine indirekte Steuerlast, incl. der Ansätze für die Branntweinsteuer, von ca. 300 bis 400 Millionen hinzugetreten ist, so muß man sich verwundert fragen: Ja, gehört denn nicht die Majorität der Stadtverordnetenversammlung zu derjenigen Partei, die im politischen Leben unaufhörlich und mit großem Recht darauf hinweist, daß die indirekten Steuern fast ausschließlich von der arbeitenden Bevölkerung getragen werden, daß also das Budget einer Arbeiterfamilie durch diese neuen Steuern sehr belastet wird? Würde nicht für eine solche Partei, logischer und konsequenter Weise, die Verpflichtung vorhanden sein, da wo ihre Macht es gestattet, wie in der Stadtverordnetenversammlung, durch Ausbesserung der Löhne der arbeitenden Bevölkerung einige Erleichterungen zu schaffen? Sollte es hier nicht doppelte Pflicht sein, als ja der Magistrat in allen seinen Mitgliedern sich nicht gescheut hat, ganz exorbitante und außer allem Verhältniß stehende „Lohnerhöhungen“ sich gefallen zu lassen. Die Miete, die Lebensmittelpreise sind gestiegen, die Steuerlast, die der Arme und Aermste aufzubringen hat, ist rapid gewachsen, und alles dies ist noch nicht im Stande gewesen, die Gemeindeverwaltung zu einer Erhöhung der Löhne der städtischen Arbeiter zu bewegen!

Das ist keine sträfliche Lethargie, nein, das ist Klasseninteresse. Eine Lohnerhöhung bei den städtischen Arbeitern würde ihre segensreichen Folgen auch bei den anderen Arbeitern haben. Und das ist es, was das Unternehmertum in der Stadtverordnetenversammlung fürchtet. Daher auch die schroffe Zurückweisung aller auf Lohnerhöhung hinzielender Anträge seitens der sozialistischen Vertreter. Daher auch bei diesem Punkte jene seltene Einmüthigkeit zwischen Fortschritt und Antisemiten. Den Forderungen der Arbeiter gegenüber verschwindet jede kleinliche Feindschaft des Tages. Das Klasseninteresse zeigt sich hier als Bindemittel und für wahr als ein brauchbares, gutes Mittel. Es hat bei dem Unternehmertum stets seinen Zweck erreicht: Einigkeit geschafft. Wohlan, auch bei uns sollte die Wirkung des Klasseninteresses eine gleiche sein: Einigkeit schaffen! Dann werden, durch jene Kraft, die in der Einigkeit liegt, nicht bloß die städtischen, nein dann werden alle Arbeiter zu ihren unverjährbaren Rechten gelangen.

Fritz Güreki.

Ein deutscher Jurist des 15. Jahrhunderts sagt: „Wer Korn, Fleisch oder Wein aufkauft, um deren Preise in die Höhe zu treiben, und auf Kosten Anderer Geld zu erbeuten, ist auch nach den Satzungen des kirchlichen Rechts ein gemeiner Verbrecher. Denn in jedem Gemeinwesen kommt es, wie die Väter lehren und die Natur der Sache verlangt, vor Allem darauf an, daß für die Gesamtheit gesorgt werde, nicht daß eine kleine Anzahl, sich zum Nachtheil und Verderben der großen Menge ungebührlich bereichere und mit ihrem Reichthum schmaroze und buhle.“ Der Mann würde heute ins Irrenhaus gesperrt werden.

Der Arbeiterverein zu Dresden-Neustadt hat neuerdings anlässlich des Dresdener Vogelschießens einen Aufruf erlassen, in welchem die einheimischen wie auch die auswärtigen Genossen ersucht werden, das Radeberger Bierzelt auf der Vogelwiese zu meiden, weil der Pächter desselben ähnlich wie andere Wirthe Dresdens den sozialistischen Führern den Besuch seiner Lokale verboten hat. — Es ist doch merkwürdig daß gerade in Sachsen die Wirthe sich Dinge erlauben dürfen, die anderwärts vollständig unmöglich sein würden. Daß Wirthe Vereinen oder Versammlungen ihre Lokale verweigern, das ist auch in Berlin eine bekannte und alltägliche Sache. Aber daß Wirthe einzelne, noch dazu durchaus geachtete und bekannte Personen ihrer Gesinnung wegen wie Aussätzige aus ihren Räumen hinausweisen, das ist ein besonderer Zug sächsischer Gemüthlichkeit. Früher war Leipzig der Schauplatz solcher „nationaler“ Heldenthaten; nach den Attentaten konnten Vebel und Liebkecht auch manche Lokale nicht betreten. Jetzt thut sich Dresden besonders hervor. Hoffentlich wird den übereifrigen Dresdner Wirthen ihr trauriges Handwerk recht bald gelegt. Wenn sie es am Geldbeutel fühlen, verzichten sie am ehesten auf fernere Brutalitäten.

New-Yorker Ladengeschäfte.

Die Zahl der New-Yorker Detail-Läden, die Wirtschaften umfassen, wird auf 75 000 geschätzt.

Wenn die reguläre Rundschaft von New-York und Umgegend sich auf 3 Millionen Seelen beläuft, was hoch angenommen ist, so kommt ein Laden auf 40 Seelen oder 8 Familien. Nimmt man an, daß ein Glied der Familie deren Bedarf einkaufen kann und daß die Bedienungszeit desselben für alle seine Einkäufe sich auf, hoch gerechnet, 15 Minuten per Tag beläuft, so hätte der New-Yorker Ladenbesitzer, wenn er alles allein verrichtete, im Durchschnitt 2 Stunden Arbeit per Tag. Da aber im Durchschnitt mindestens 2 Personen beschäftigt sind und da diese mindestens 12 Stunden anwesend sein müssen, so werden statt 2 Stunden 24 Stunden verbraucht, d. h. es findet hier eine Arbeitskraftvergeudung von $\frac{11}{12}$ statt oder (1000 Doll. per Arbeitskraft) von 137 $\frac{1}{2}$ Millionen Doll. — Dies ist jedoch nicht die einzige Vergeudung dabei.

Diese 75 000 Läden zahlen im Durchschnitt mindestens 1000 Doll. Miete, was 75 Millionen Doll. per Jahr ausmacht. Das Gesamtgeschäft könnte aber bequem in höchstens einem Zwölftel des Raumes gemacht werden, also 68 Millionen Dollar Miete per Jahr könnten gespart werden.

Diese 75 000 Läden haben aber auch mindestens 12 mal so viel Waarenvorräte nötig, als wenn das Geschäft in 6000 großen Läden gemacht würde. Hier können die Zinsen und die Verderbnis- und Entwerthungskosten von mindestens 100 Millionen Doll. oder 15 Millionen gespart werden.

Diese 75 000 Läden haben aber auch mindestens 12 mal so viel Beleuchtungs-, Heizungs- und sonstige Spefen, wofür im Durchschnitt wohl auch wenigstens 30 Millionen Dollar zu sparen wären.

Abdiren wir	137 Mill. ersparter Arbeitskraft
	68 " " Miete
	15 " " Waarenzins und Werthminderung.
	30 " " Spefen,

so haben wir rund 250 Mill. Doll. jährliche Ersparnis, was auf die 3 Millionen Käufer 83 $\frac{1}{3}$ Dollar per Jahr und Kopf oder 417 Dollars per Jahr und Familie ausmacht.

Das wäre die Ersparung auf einem einzigen Gebiet des Wirtschaftslebens. Wenn nun überall, besonders auch in der Produktion, die heutige Zerplitterung der Betriebe und die maßlose Kraftvergeudung in ihrem Gefolge vermieden würde, welche eine kolossale Arbeitsverleumdung könnte dann, bei gerechter Regelung, allen arbeitenden Mitgliedern des Gemeinwesens zu Theil werden!

Freilich, wenn man heute, auf dem Boden der heutigen Wirtschaftsordnung diese Fortschritte durchführen wollte, dann würden nur die Schaaeren der Arbeits- und Existenzlosen anwachsen. Aber muß das so bleiben und hat die Wissenschaft nicht schon längst die Mittel gezeigt, daß der Segen der wirtschaftlichen Kräfteersparung nicht mehr zu einem Fluche für die Arbeiter und die ganze Gesellschaft wird?

Kleine Mittheilungen.

Brechgeindel. In unserer Zeit, wo alles sich zu gemeinsamem Handeln vereinigt — außer den Arbeitern, die es nicht dürfen — kann es nicht befremden, wenn auch auf dem Gebiete der Revolverjournalistik „Cartelle“ emporkriechen, um die literarische Erpressung erfolgreicher betreiben zu können. Ein Mitarbeiter des Pariser „Figaro“ erzählte hier vor zwei Tagen eine charakteristische Geschichte. Pranzini, der zum Tode verurtheilte Mörder der Marie Regnault und zweier anderer Personen, hatte bei seinem Verhöre auf die Frage, wo er die Nacht verbracht, in welcher der Mord verübt wurde, geantwortet, er sei bei einer Frau gewesen, wolle sie aber nicht nennen, um sie nicht bloß zu stellen, und wenn es ihm den Kopf kosten sollte. Natürlich war das eine romantische Erfindung, welche die Geschworenen nicht abhielt, Pranzini schuldig zu sprechen. Sechzehn Pariser Journalisten nun, erzählte der „Figaro“, nahmen Pranzinis Lüge zum Ausgangspunkt eines raffinierten Erpressungs-Feldzugs. Sie gingen nach einander zu drei reichen Frauen, erklärten jeder von ihnen, Pranzini habe sie als die Dame bezeichnet, bei welcher er die Mordnacht zugebracht, und drohten, dies unter Nennung ihres Namens in ihren Zeitungen zu veröffentlichen, wenn man „ihre“ Entschuldigungen nicht mit einer großen Summe erkaufe.“ Alle drei aussergewöhnliche Opfer waren glücklicherweise muthig genug, die Sache ihren Familien mitzutheilen, und so wurde sie ruchbar. Der „Figaro“ schlug Alarm und verlangte die Einleitung einer strengen Untersuchung. Das „Sondit“ der Pariser Journalisten nahm nach der „Börs.“ die Angelegenheit amtlich in die Hand, setzte sich mit dem Polizeipräsidenten und Untersuchungsrichter in Verbindung und veröffentlichte eine Erklärung, nach welcher die Polizei und Gerichtsbehörden, bei denen sich nach der Angabe des „Figaro“ die Opfer des Erpressungsversuchs beklagen sollten, von dem Vorfall keinerlei Kenntniss hätten. Einige Blätter wollten sich aber mit dieser Erklärung nicht beruhigen. Sie versichern, die Geschichte des „Figaro“ sei vollkommen wahr, es seien an derselben nicht bloß Reporter, sondern Chefredakteure großer Zeitungen betheilig; zwei dieser Redakteure seien beim Untersuchungsrichter gewesen, hätten ihm Alles gestanden und ihn kniefällig gebeten, die Geschichte zu vertuschen; das dürfte aber nicht sein, man müßte die Schnapphähne öffentlich brandmarken. Das „Sondit“ der Pariser Presse will amtlich von der Sache nichts wissen, das heißt sie todt-schwiegen. Einzelne Journalisten aber, die eine klare Vorstellung von der Schmach haben, welche diese Angelegenheit der ganzen Journalistik zufügt, wollen nicht ruhen, bis die Namen der sechzehn Revolverhelden an die Öffentlichkeit gebracht sind.

Die Landdiebstähle in den Vereinigten Staaten sind neuerdings mehrfach geschildert worden. Durch Scheinansiedlungen erwerben sich gewissenlose Speculanten nach einiger Zeit ohne alle Kosten das Eigenthumsrecht an weiten Ländereien, mit denen sie dann den üblichen Schacher zur besseren Fällung ihrer Werke beginnen. Weniger bekannt dürfte es sein, daß auch namhafte englische Aristokraten, deren Grundbesitz in England nicht mehr wie früher rentirt, den nicht gerade sehr ehrbaren Canaan um das goldene Kalb eifrig mitmützen, und daß insbesondere die Sutherland's, berühmt wegen der Grausamkeit, mit der sie derzeit die Bauern und Pächter in Schottland von ihrem Boden verjagen, die

moderne Praxis der „Landaneignung“ recht vortreflich verstehen. Zeiten und Menschen ändern sich eben und was früher die Aristokraten mit Gewalt vollbrachten, erreichen sie jetzt leichter auf dem Wege des Schwindels. Daß die eingeseffenen Amerikaner, wenn nun einmal geflohen werden soll, sich das Land nicht von Ausländern wegnehmen lassen wollen, versteht sich von selbst und so fallen denn mitunter von namhaften Politikern scharfe Angriffe gegen die aristokratischen englischen Konkurrenten. Aus einer Rede des Abgeordneten H. C. Do im Kongreß entnehmen wir zum Beleg folgende Stellen: „Durch die ehelichen Praktiken und die sagenhaften, betrügerischen Ansiedlungen, welche unter dem Vorwande und Aufholungsgeßes im Schwung waren, haben wir heute eine Anzahl englischer Edelleute, welche in den westlichen Territorien fürstliche Besitzungen haben. Und was für Ehrenleute! Wenn denn die britische Aristokratie nun doch einmal auf den öffentlichen Ländereien der Vereinigten Staaten Fuß fassen soll, dann wollen wir doch nach Art und Beschaffenheit eine Auswahl aus diesem Adel treffen und feststellen, wer von ihnen durch Agenten und Diener in den Besitz dieser Ländereien kommen soll. Ich habe hier den englischen Finanzkalender für 1887. Hier finde ich angegeben, daß der Herzog v. Sutherland in den Vereinigten Staaten 500 000 Acker Landes besitzt — die er wie bekommen hat? Aller Wahrscheinlichkeit nach hat er sie durch betrügerische Enttragungen unter dem Vorwande und Aufforstungsgeßes und mit Hilfe von Reineidlingen erwirkt. Und wer ist der Herzog von Sutherland? Er ist ein Mann, dessen Vorfahren unter dem Scheine des englischen Rechtes 15 000 Menschen aus dem schottischen Hochland vertrieben und fast die ganze Bevölkerung ihrer großen Besitzungen mit barbarischer Grausamkeit um Alles das gebracht haben, was sie vorher befeßen hatte; so wurde einer der fleißigsten und tapfersten Theile der celtischen Rasse heimatlos gemacht und aus seinem geliebten Gebirgslande vertrieben, um Kindern und Schafen Platz zu machen. Es waren die Vorfahren dieses Herzogs von Sutherland, welche eine mit blühenden Feldern und fruchtbaren Wäldern bedeckte Landschaft in eine Wüstenlandschaft verwandelten und die Wohnhäuser der Vertriebenen verbrannten. Auf Kosten der unterthänigen Eisenbahnen durch die Vereinigten Staaten reisend und erkennend, daß der Feudalismus und das Grundbesitzthum in Britannien unpopulär werden, strecken die Nachkommen dieser feudalen Barone ihre Hände jetzt nach dem Erbtheil des amerikanischen Volkes aus. Unsere einheimischen Landräuber scheinen diese britischen Großgrundbesitzer als Sachverständige herüber gerufen zu haben. Jedenfalls machen sie dem Beispiele Jener Ehre. Unter anderen Edelleuten, welche Vortheil aus diesen Gesetzen gezogen haben, finde ich auch den Marquis von Tweeddale, von dem es heißt, daß er an einer Gesellschaft interessirt sei, welche in den Vereinigten Staaten 1 750 000 Acker Landes besitzt; ebenso Baron Dunmore mit 100 000 Ackern, Baron Kemp mit 60 000 Ackern und eine ganze Anzahl von Anderen.“ — Man sieht, es fehlt durchaus nicht an Aristokraten, die sich in der modernen bürgerlichen Welt mit ihrem Schacher und Schwindel recht gut zurecht finden.

Die „Pflüge des Patriotismus“, wie sie heutzutage vielfach in den Schulen betrieben wird, weckt selber bei der gut mittel-parteilichen, also „nationalen“ „Nat. Ztg.“ Befürchtungen, denen sie in folgenden Worten Ausdruck verleiht: „In den Staaten, die fester und einheitlicher auf einem Volke ruhen, wie Italien und Frankreich, Deutschland und Rußland, spitzt sich der Patriotismus immer scharfer als der Gegensatz zu dem Auslande zu, gerade wie in Athen und Rom jeder Nichtgriechen und Nicht Römer als Barbar galt. In den Volksschulen und Jugendschriften begegnet man nur zu häufig Gesichtsfälschungen, die in der Vaterlandsbegeisterung und dem gesteigerten Staatsbewußtsein eine gewisse Entschuldigungsvergütung finden (s), darum aber für die Bildung und Vorstellung der Jugend verderblich sind. Der Patriotismus artet in Selbstüberhöhung und eitle Selbsterhöhung auf der einen, und der Berachtung des Fremden auf der anderen Seite aus und wird so zu der tiefsten Ursache verhängnisvoller Niederlagen. Frankreich ist seit dem Sturz des ersten Napoleon ein Beispiel der schlimmen Folgen des schon in der Schule großgezogenen nationalen Hochmuths. Die Erziehung der Jugend muß geschehen ohne die Herabsetzung der Andern, ohne Reid gegen die Großthaten, ohne Schadenfreude über das Mißgeschick auch des „Erbschindes“, ja vor Allem diese „Erbschindlichkeit“ sollte man aus dem Bereich kindlicher Vorstellungen entfernen halten. Von den Segnern unserer Kultur drängen namentlich der Nationalitätenhass immer heftiger aus dem theoretischen Gegenfag zu der brutalen Thatfache des Zusammenstoßes vor; wenn wir ihn wirksam begegnen wollen, müssen wir den Kampf gegen ihn schon in der Volksschule beginnen.“ Das klingt freilich anders, wie im Februar, wo die „Nationalzeitung“ durch Schürung des Hasses gegen den „Erbschind“ Frankreich die Wahlgeschäfte der Reichsmameluden förderte. Wird den „Nationalen“ jetzt vor den Folgen ihres eigenen Systems bange?

Strehlen, 26 Juli. — Das Schicksal eines Schmarrogers und Denunzianten. — Es ist fast unglücklich, in welcher schmutziger Weise heutzutage bisweilen ein Arbeiter den arbeits, mit dem er doch brüderlich Freud und Leid theilen sollte, zu schädigen sucht. Wenn wir den Arbeitern in unseren Steinbrüchen zusehen, welche schwere Arbeit sie zu verrichten haben, wie sie sich von früh, wenn der Tag anbricht, bis spät in die Nacht schinden, damit sie nur halbwegs so viel verdienen, um leben zu können, so sollte man meinen, daß den Menschen die Lust und Sacht, ihre Nebenmenschen noch mehr zu schädigen, vergehen müßte. Es ist aber leider Thatfache, daß manche Arbeiter, ihre Standeshere vergebend, die schmutzigsten Pläne bilden, welche sie dann gegen ihre Nebenarbeiter in Anwendung bringen, und zwar um so lieber, je schlechter und je trauriger deren Loos sich gestaltet. Auch unter den Steinarbeitern ist diese Unsitte leider wie eine wahre Pest ausgebrochen. Für heute wollen wir ein Beispiel folgen lassen. R. J. und B. arbeiteten im hiesigen Steinbruch lange Zeit zusammen, bis Ersterer den Letzteren wegen Liebertretung der Gewerbeordnung denunzierte. Der Sachverhalt ist kurz folgender: B. brachte täglich ein Quantum Braumittel mit zur Arbeit, wovon er seinen Kollegen einen Theil abgab; er kannte den Schnaps also für mehrere Personen zusammen, da er denselben in einem größeren Quantum billiger erhält, als wenn Jeder einzeln seinen Schnaps kauft. B. wurde in Folge der Denunziation des R. J. zu 50 Mark Geldstrafe verurtheilt — gewiß hart für einen Arbeiter. Infolge dieses Streichs trennten sich Beide und R. J. trat mit einem anderen Arbeiter zusammen — doch sollte auch dieses neue Freundschaftsband nicht lange dauern. Es wurden laufend anonyme Briefe an die Verwaltung der hiesigen Steinbrüche geschrieben, in denen Mittheilung über alles Mögliche und Unmögliche gemacht wurde; u. A. wurde geschrieben, daß sich die Steinarbeiter zu einem sozialdemokratischen Verein verbunden hätten und daß sozialdemokratische Schriften u. s. w. gelesen und verbreitet würden. Auf Grund dieses Dubensucks wurden seitens des Bruchmeisters Sch. Nachforschungen angestellt und mehrere Arbeiter hierüber zur Rede gestellt. Es wurde nun eifrig nach dem Anonymus geforscht und als solcher R. J. ermittelt, und zwar durch seinen neuen Kollegen. Letzterer nahm die Sache sehr ernst, und da es ihm nicht paßte, mit einem solchen Menschen zusammen zu arbeiten, verabreichte er demselben eine gehörige Tracht Prügel und jagte ihn von der Arbeit weg. Da dieser „Held“ von Niemandem in Schutz genommen wurde, beschuldigte dieses Individuum nunmehr den Bruchmeister in größlicher Weise, indem er demselben vorwarf, daß er mit den „Sozialisten“ unter einer Decke stehe. Er wollte sich ein Schreiben an den Landrath machen lassen. (Worüber? Soll der Landrath ihn vielleicht schämen oder ihm keine Fügen glauben?) Der Denunziant wurde nun sofort entlassen. Hoffentlich haben die Arbeiter jetzt Ruhe vor ihm.

Verunglückte Bergleute. Eisenleben. 29. Juli. In dem Grubenschachte bei Helbra ist gestern ein beklagenswerthes Unglück vorgekommen. Durch niedergebende Streben wurden drei Bergleute verschüttet. Einer von ihnen wurde getödtet, während die beiden anderen sehr gefährliche Verletzungen erlitten.

Aus dem Soldatenleben. Vom Hirschschlag getroffen wurden der „Frankf. Ztg.“ zufolge bei dem am 29. Juli stattgehabten Divisionenmanöver bei Amt Ettingen ein Offizier und 5 Mann eines Kavallerie Regiments. Dieselben liegen schwer krank im Lazareth in Kaslart darnieder. — Erschossen wurde am Montag ein Mann bei den Schießübungen der württembergischen Artillerie in der Nähe von Gredesheim bei Darmstadt. Ein Mann wurde ferner schwer, ein anderer leicht verwundet.

Aus Berlin.

Herr Christensen weilt gegenwärtig in London. Er hat nämlich vor einigen Monaten mit seinem Verleger einen Vertrag abgeschlossen, nach welchem er bis Ende August das Manuscript zu einem größeren Werke zu liefern hat, und da er in Deutschland infolge der fortwährenden Ausweisungen nicht zum ruhigen Arbeiten kommen kann, wurde es notwendig, für ein paar Monate ein Gebiet aufzusuchen, wo er ungestört sein Werk vollenden und etwas erwerben kann. Gleich nach seiner Ankunft in London hat Herr Christensen an das Berliner Polizeipräsidium folgendes Schreiben gerichtet: „London W., den 27. Juli 1887. An das königliche Polizeipräsidium, politische Abtheilung, (Berlin.) In deutschen Blättern (s) ich eine Notiz, daß mit Hilfe eines Herrn Jekau und noch eines „früheren Sozialdemokraten“ eine Wiederaufnahme des Prozesses Jhring-Nahlow gegen Berndt und mich angestrebt wird. Für den Fall, daß diese Bestrebungen von Erfolg sein sollten, bitte ich Sie, die Zustellung der Vorladung zum Termin an meine oben angegebene Adresse veranlassen zu wollen, damit ich mich pünktlich zum Termin einfinden kann. Um Mißverständnissen vorzubeugen, bemerke ich außerdem noch, daß nicht etwa die wiederholten polizeilichen Ausweisungen mich veranlassen haben, mein geistliches Vaterland mit dem Auslande zu vertauschen. Es sind vielmehr lediglich geschäftliche und finanzielle Verhältnisse, welche mich zwingen, vorübergehend ein Land aufzusuchen, wo ich nicht, wie in meinem Vaterlande, alle acht Tage ausgewiesen und alle 3—4 Tage einem polizeilichen Verhör unterworfen werde. Sobald indessen jene Geschäfte abgewickelt und meine finanziellen Verhältnisse derartige geworden sind, daß sie mir eine Fortsetzung der Jagd durch Deutschland gestatten — mit andern Worten: in etwa 2—3 Monaten, werde ich mir erlauben, den Kampf in Deutschland von neuem aufzunehmen. Zeus & Christensen. — Auch dem Staatsanwalt Dr. Wagner, der den früheren Jhring-Nahlow-Prozeß leitete, hat Herr Christensen seine gegenwärtige Adresse angezeigt.“

Eine merkwürdige Verhaftung hatte Dienstag Nacht der Maurer Carl Weiße zu übersehen. Er kam um 11 Uhr von einer Versammlung zurück und traf an einer Ecke der Kanstraße drei Herren in Civil, die ihn anfangs ruhig vorüber ließen. Nach einer Entfernung von etwa hundert Schritten kam einer plötzlich dem Maurer W. nach und erklärte ihn für verhaftet. Auf dem Polizeirevier wurde W. einer Bifitation unterworfen. Dabei fand man aber nur ein Statutenbuch des Sanitätsvereins, etwas unbeschriebenes Papier, drei Flugblätter, die Maurer W. auf der Straße erhalten hatte und eine Petitionsliste. Letztere erregte einigen Aufstoß, bis W. erklärte, eine Petition an den Reichstag könne doch nichts Gefährliches enthalten. Dann wurde Maurer W. „entlassen“.

Einem echten Reklamehelden kann passieren, was da will, er rührt seine Reklame trommel nur um so eifriger. Wenn z. B. Herr Sterneder mit freundlicher Unterstützung der Halbweltsoamen, die ihm seit Jahren immer treu geblieben sind, durch ein „großartiges Sommerfest“ seine Gäste erquält — natürlich gegen anständige Bezahlung — dann führen die Blätter, die sich ihre Begeisterung aus dem Annoncentheil holen, eine wahre Reklame-Janitscharenmusik auf. Fällt aber einmal ein solches „Fest“ ins Wasser — „dann wird erst die Begeisterung groß“. So schimpft sich das „Berl. Tabl.“ nach dem letzten Sonntagsturm zu folgender Humne auf: „Ein Natur-Schauspiel von geradezu überwältigender Schönheit war am Sonntag den Besuchern des Etablissements „Zum Sterneder“ geboten. Wie immer an Sonntagen war das mächtige Etablissement im wahren Sinne des Wortes „ausverkauft“. Das Konzert verlief programmgemäß, als plötzlich, kurz nach acht Uhr das Firmament im Westen und Süden sich zu verfinstern begann und drohende Wetter am Horizont aufzogen. Eine drückende Schwüle lagerte sich über Park und See, — die Ruhe vor dem Sturm. Immer näher zogen die Gewitterwolken, blendende Blitze zuckten drohend aus denselben heraus und urpöhlisch brauste der Orkan, der hier auf dem weiten, hindernisfreien Terrain zwischen Berlin und Weihensee eine Bahn gefunden, wie auf der endlosen Fläche des Ozeans, mit der ganzen vernichtenden Gewalt jener Cyclone, die den Tropen sonst nur eigen, über die Ebene; wirbelte, als er den Hindernissen begegnete, welche die Baumpartien Weihensees und dessen Baualtheiten bieten, mit unwiderstehlicher Gewalt über dieselben weg, beugte die mächtigen Baumkronen wie Winen und fürzte sich dann in Form einer großen Windhose auf die Fläche des Sees, peitschte dieselbe zu Wüth und Schaum, ergrühte die mühsam ausgebauten Dekorationen Kapenhagens mitsammt den Fischen und dem darauf befindlichen Feuerwerk und schleuderte das Werk vieler Tage im Ru in die aufgeregten Wogen, — beim Zuden der grellen Blitze und dem Heulen der Windbraut eine rechte Episode aus der Sündfluth: ein Bild von seltener Schönheit, welches dem „Sterneder“ einen bedeutenden pekuniären Verlust, den Besuchern aber ein elementares Schauspiel vor Augen führte, welches an Grandiosität nichts zu wünschen übrig ließ.“ Schade, daß Wind und Wetter nicht auf Bestellung arbeiten, sonst würden sündige Unternehmern gewiß öfter solche erhabene „Episoden aus der Sündfluth“ vorführen — selbstverständlich gegen ein Entree, das der „überwältigenden Schönheit dieses Naturschauspiels“ entspricht und an „Grandiosität“ nichts zu wünschen übrig läßt.“

Für unsere Abonnenten!

Zu unserem Bedauern sind bei der Verbreitung der Probennummer mehrfach Störungen vorgekommen, die zum Theil auch daran lagen, daß die Subskriptionslisten nicht rechtzeitig in unsere Hände gelangten. Wir hoffen, daß nunmehr alles in Ordnung gekommen ist. Sonst bitten wir um sofortige Nachricht.

Indem wir unsere Freunde ersuchen, thätigst für die

„Berliner Volks-Tribüne“

einzutreten, weisen wir zugleich nochmals darauf hin, daß alle Spediteure Abonnements entgegen nehmen.

Der Verlag der „Berliner Volks-Tribüne“
SO., Dranienstraße 23.